



NEUNTES STUDIERENDENPARLAMENT DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Postanschrift: Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • Postfach 60 15 53 • 14 415 Potsdam
Sitz: Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06
Kontakt: e-mail: praesidium@stupa.uni-potsdam.de • Telefon: (0331) 977-1225 • Fax: (0331) 977-1795
Präsidium: Matthias Wernicke • Stefan Klose • Kai Wohlfarth

Potsdam, 8. Dezember 2006

Liebe Studierenden, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

hiermit laden wir Euch zur 9. Sitzung des
9. Studierendenparlamentes der Universität Potsdam ein.

Termin: 19. Dezember 2006 von 19.00 (s.t.) bis 23.00 Uhr,
Ort: Am Neuen Palais 10, Haus 8, Raum 0.59.

Wir schlagen Euch folgende Tagesordnung vor:

- *Formales:*

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Beschluss der Protokolle der letzten StuPa-Sitzungen
 - a. Protokoll der außerordentlichen Sitzung vom 14. November 2006
 - b. Evtl. Protokoll der ordentlichen Sitzung vom 28. November 2006

- *Tagesordnungspunkte:*

4. Gäste
5. Anträge (vorgesehen bis 21.30 Uhr):
 - a. Antrag der [oll]-Fraktion zu den „Überlegungen und Empfehlungen“ der AG Studienbeiträge der Universität Potsdam
 - b. Antrag der [oll]-Fraktion zur Argumentation gegen Studiengebühren
 - c. Antrag der gül-Fraktion und der [oll]-Fraktion: Bio-Essen in der Mensa
 - d. Antrag von Tamás Blénessy zu geschlechterneutraler Formulierung
 - e. Antrag von Laines Rumpff zu einer Veranstaltung zur Frauenunterdrückung in Deutschland
 - f. Antrag von Conrad Jackisch zum Bau des Stadtschlusses in Potsdam
 - g. Antrag von Daniel Hintzen auf pünktlichen Sitzungsbeginn
6. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses (ab 21.30 Uhr)
7. Wahl der Kulturreferentin/ des Kulturreferenten
8. Wahl der stellvertretenden Kulturreferentin
9. Fortsetzung: Anträge
10. Berichte
 - a. Berichte aus den Gremien
 - b. Berichte des StuPa-Präsidiums
 - c. Rechenschaftsberichte des AStA
11. Initiativanträge
12. Sonstiges

Wir bitten um inhaltliche Vorbereitung sowie pünktliches Erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen,

Matthias Wernicke, Stefan Klose, Kai Wohlfarth
(Präsidium des 9. Studierendenparlamentes).

Protokoll der außerordentlichen StuPa-Sitzung vom 14. November 2006

* Entwurf *

Anwesend:

- AStA: Mehdi Chbihi, Sabine Finzelberg, Anne Friebe, Jörg Schindler, Björn Ruberg, Mariusz Nowak, Stephan Antczack, Bettina Erfurt, Tobias Dornisch
- [oll]: Jan Glogau, Arne Karrasch, Katharina Ermler, Tamás Blénessy, Sindy Brödno, Heide Günther, Christian Kube, Matthias Wernicke
- güL: Lina Weiß, Rasmus Revermann
- GAL: Jürgen Stelter, Martin Bär, Andreas Kellner, Martin Meyerhoff, Carl-Martin Hißler, Stefan Klose
- Jusos: Joschka Langenbrinck, Johannes Reichersdorfer, Kai Wohlfarth
- RCDS: Clas Hasslinger, Daniel Hintzen, Kristin Walter
- LUST: Sven Weber, Daniel Karbe
- Linke.HSG: Peer Jürgens
- Gäste: Heinrich Distler, Hannes Riemann, Guido Jahncke, Lucas Skupin, Valeska Meyer zu Heinnngdorf, Dirk Heuer, Lena Herrera Piekarski, Tobias Dornisch, Katharina Beier, Martin Schütte, Kay Bergemann, Andreas Schlüter, Sonja Bock, Stephan Hennig
- Entschuldigt: Sahra Dornick (AStA), Filipe Freitas da Silva ([oll])
- Außerdem fehlten: Jan Engel (wisiwidu).

Beginn: 19:26 Uhr

Matthias: willkommen an neue Parlamentsmitglieder: Johannes Reichersdorfer (jusos) und Jan Glogau (oll). Zur Info: Zusammensetzung der Fraktionen nach Geschlechtern (Frauenquote): GÜL (2 Sitze): 1 Frau, RCDS (3 Sitze): 1 Frau, [oll] (9 Sitze): 3 Frauen, GAL (6 Sitze), Jusos (3 Sitze), LUST (2 Sitze), Linke.HSG (1 Sitz) und wisiwidu (1 Sitz) haben jeweils keine Frauen in ihren Reihen. Insgesamt sind im StuPa von 27 Mitgliedern 5 Frauen; das entspricht einer Quote von 18,5 %.

TOP 1: Beschlussfähigkeit

Das StuPa ist mit 25 anwesenden ParlamentarierInnen beschlussfähig.

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

Matthias: vorne liegt aus: Tagesordnungs-Vorschlag, die Tischvorlage, Ini-Anträge.

Zur Tagesordnung gibt es einen Änderungsantrag von Arne: TOP 10 Haushalt vor den TOP 6 Fortsetzung des konstruktiven Misstrauensvotum.

Arne: Der Haushalt sollte heute beschlossen werden, der Finanz-Referent hat ausdrücklich darum gebeten. Nach dem Misstrauensvotum ist noch der Beschluss zur Aufwandsentschädigung vorgesehen, das sollte aber kein Problem darstellen, das kann man auch nachträglich in den Haushalt integrieren. Problem ist auch heute wieder der TOP Nachwahl des Präsidiums. Joschka ist noch im StuPa und damit im StuPa-Präsidium, demnach kann vor dem Misstrauensvotum kein neues Präsidiums-Mitglied gewählt werden.

Kai: schlage vor, den Prüfantrag des Finanzers vorzuziehen, da der nicht strittig ist und das Seminar dazu demnächst beginnen wird und die einen Prüfauftrag brauchen. Ich stimme Arne zu, dass der Haushalt heute beschlossen werden muss.

Matthias: Es liegen mehrere Ini-Anträge vor: von Mariusz, von der GAL und von Laines Rumpff.

Mariusz: ich möchte betonen, dass es wichtig ist, den Haushalt und Prüfauftrag als erstes zu beschließen. Kann die Argumente für das Misstrauensvotum verstehen, aber wenn der Haushalt nicht beschlossen wird, droht Zwangsverwaltung von der Uni. Allerspätestens bis zum 28. 11. muss der Uni ein Haushalt vorliegen.

Matthias: Joschka, bitte sagen: bist du noch im Präsidium?

54 Joschka: habe gerade erfahren, dass der TOP 4 nach hinten verschoben werden soll. Bin nicht
55 zurückgetreten.

56 *Abstimmung zu Änderungsanträgen zur TO:*

57 1. *Änderungsantrag: den TOP 10 Beschluss des Haushaltes vor den TOP 6 Fortsetzung des*
58 *Misstrauensvotum zu verschieben:*

59
60 *Der Änderungsantrag zur Tagesordnung wird mit 9:14:0 abgelehnt.*

61
62 2. *Änderungsantrag: Verschieben des TOP Nachwahl des StuPa-Präsidium nach den TOP 6*
63 *Fortsetzung des Misstrauensvotum:*

64
65 *Der Änderungsantrag zur Tagesordnung wird mit 20:2:1 beschlossen.*

66
67 3. *Änderungsantrag: den Ini-Antrag von Mariusz vor den TOP 6 Fortsetzung des*
68 *Misstrauensvotum sowie Abstimmung über die Behandlung des Ini-Antrages:*

69
70 *Der Änderungsantrag zur Tagesordnung und die Behandlung des Ini-Antrages wird mit 23:0:0*
71 *beschlossen.*

72
73 Sven Weber: als Vorschlag: ab 23 Uhr mit dem Haushalt anfangen.

74
75 *Abstimmung der Behandlung der Ini-Anträge:*

76 1. *Iniantrag von Laines Rumpff:*

77
78 *Der Behandlung des Iniantrages von Laines Rumpff wird mit 15:0:7 zugestimmt.*

79
80 2. *Ini-Antrag der GAL zum Semesterticket:*

81
82 *Der Behandlung des Ini-Antrages der GAL wird mit 22:0:0 zugestimmt.*

83
84 Björn: Der Semtix-Antrag soll bei TOP 11 als erster Antrag behandelt werden.

85 Arne: Die Positionierung zu Studiengebühren ist auch wichtig, ich sehe keine Notwendigkeit zur
86 Sonderbehandlung des Semtix-Antrages.

87 Tamás: das ist purer Formalismus: der Referent kann auch ohne Abstimmung des StuPa
88 verhandeln.

89 *Abstimmung über Verschieben des Ini-Antrages der GAL zum TOP Anträge und dort an die erste*
90 *Stelle der Anträge:*

91
92 *Der Änderungsantrag zur Tagesordnung wird mit 13:8:2 angenommen.*

93
94 *Abstimmung über die Tagesordnung als Ganzes:*

95
96 *Die Tagesordnung wird 14:8:1 beschlossen.*

97
98 **TOP 3: Gäste**

99 kein Redewunsch eines Gastes.

100
101 **TOP 4: Antrag von Mariusz - Prüfauftrag für Finanzen der Studierendenschaft der UP**

102 Mariusz: wie jedes Jahr lässt sich der AStA prüfen, die machen das im Rahmen eines Seminars.

103 Arne: zum Schwerpunkt: warum selber Schwerpunkt wie letztes Jahr, warum habt ihr die Prüfung
104 der Fachschaften weggelassen? Wie kommen die Schwerpunkte zustande?

105 Mariusz: der Prüfantrag hat drei Schwerpunkte: AStA, Fachschaften und KuZe. Bei den
106 Fachschaften ändert sich regelmäßig vieles; KuZe als neuer Schwerpunkt, weil neue Zahlen
107 vorliegen und man da jetzt reinschaun kann.

108 Matthias: weiterhin soll es eine Kontrolle des laufenden Betriebs geben, das gab es schon letztes
109 Jahr in Ermangelung der Zahlen vom Vorjahr Warum wird dieses Jahr auch der laufende Haushalt
110 geprüft und nicht das abgeschlossene Haushaltsjahr?

111 Mariusz: Zum KuZe kommen die größten Fragen, deshalb hier ein Schwerpunkt.

112 Kai: Finanzer haftet für die Studierendenschaft, die größten Risiken sind im KuZe zu finden, auch
113 künftig sollte man das laufende Jahr prüfen, um das Risiko von vornherein eingrenzen.

114 Katharina: warum Seminar diesmal im Wintersemester?

115 Kai: Prof. Richter hört auf, steht nur noch jetzt zur Verfügung. Außerdem ist dann die Prüfung
116 zeitnäher zum Zeitpunkt der Entlastung des AStA.

117

118 *Abstimmung des Prüfantrages:*

119

120 *Dem Prüfantrag wird mit 22:0:1 zugestimmt.*

121

122 **TOP 5: Wahl zur Sozialfondskommission**

123 Matthias: 2 Mitglieder der Sozialfondskommission werden vom StuPa gewählt. Bisher gibt es eine
124 Kandidatin: Sindy Brödno.

125 Sindy: bin schon mehrfach im StuPa gewesen, auch schon im AStA, war auch schon im FSR
126 Germanistik. Der Sozialfonds ist eine der wertvollsten Einrichtungen der Uni, will mit meiner
127 Bewerbung die Arbeit des Sozialfonds und der Semtex-MitarbeiterInnen unterstützen.

128 Tamás: da sich kein anderer bewirbt, trete ich an. Ich war bisher schon im Sozialfonds, hab dort viel
129 Erfahrung gesammelt.

130 Kai: Wie setzt sich der Sozialfonds zusammen, welche Kriterien für die Vergabe?

131 Tamás: Der Sozialfonds ist für Menschen da, die es sich nicht leisten können, selber das Semtex zu
132 zahlen. Der AStA hat dafür eine Angestellte: Andrea Tichy. Die Kriterien sind in der Sozialfonds-
133 Ordnung geregelt: Ausgangspunkt ist der monatliche Grundbedarf plus einige Sonderkosten. Wer
134 unter 350 Euro abzüglich Miete liegt, kriegt das Semesterticket erstattet.

135 Matthias: stelle den Antrag, die AE gleich mit zu beschließen: AE in Höhe von 105 Euro jährlich.
136 Gibt es Fragen?

137 *Keine Fragen.*

138 Arne: schlage vor: Blockabstimmung. Es gab keine Kontroverse, da keine Befragung.

139 Jürgen: formal sollten wir den Antrag von Matthias auf Koppelung mit der AE abstimmen.

140

141 *Die Verbindung der Anträge wird mit 23:0:0 gebilligt.*

142

143 *Wahl der Mitglieder der Sozialfondskommission:*

144

145 *Sindy Brödno und Tamás Blénessy werden mit 21:0:2 en bloc gewählt; die Aufwandsentschädigung*
146 *beträgt jährlich 105 Euro.*

147

148 **TOP 6: Fortführung des konstruktiven Misstrauensvotums gegen den IX. AStA**

149

150 *Es ist 20 Uhr.*

151

152 *Befragung von Mariusz:*

153 Mariusz: als Finanzreferent bin ich als Listenloser im AStA. Ich sehe meine Aufgabe als
154 Kontrollmechanismus und kümmere mich um eine ordentliche Haushaltsführung. Mein Anspruch
155 ist, im Sinne der Studierendenschaft die Finanzen zu führen und zu kontrollieren.

156 Rasmus: bisher hast du dich aus den Entscheidungen herausgehalten und hast dein Referat
157 apolitisch geführt. Wird das so bleiben, wirst du dich aus Entscheidungen heraushalten?

158 Mariusz: werde versuchen, apolitisch zu bleiben.

159

160 *Fragen an Guido, der in der letzten StuPa-Sitzung nicht da war:*

161 Arne: Ist Kultur-Kandidat da? Dann könnten wir seine Stimme hören.

162 Guido: Fragen?
163 Sindy: Kannst du dich vorstellen?
164 Guido: wir müssen in den ersten Wochen sondieren, was anliegt. Habe mich im KuZe gestern
165 erneut umgeschaut. Weggefallener T1-Klub: soll wieder was geschaffen werden. Werde montags in
166 der KuZe-Kneipe sein und Menschen treffen, die Kultur gestalten wollen. Montagskultur werde ich
167 weiterführen.
168 Anne: Welche Eckpunkte zu Montagskultur?
169 Guido: bin da offen, es wurde an mich herangetragen, alle Anträge wohlwollend zu behandeln.
170 Arne: Was sagst du zur Situation in Golm?
171 Guido: bin für Kultur auch in Golm. Am 23. habe ich einen Termin anberaumt mit dem
172 Ausländerbeauftragten, die ehemaligen Betreiber des T1 sind gewillt, auch das Angebot in Golm zu
173 stärken.
174 Kai: zum Sommerfest: kommerzielle Ausschachtung oder ein Fest für Studenten? Wieviel Zeit willst
175 du aufwenden, baust du auf Hilfe?
176 Guido: als Teil des AStA richte ich mich nach den Konsens, wie die Listen im AStA entscheiden.
177 Ich bin offen für kommerzielle Sachen. Traf mich mit junger engagierter Frau, mit der ich die
178 Arbeit teilen will; sie heißt Maika.
179 Heide: wie stehst du zum Gender-Referat?
180 Guido: es gibt Menschen, denen ist das wichtig ist. Das Referat wird weitergeführt mit Themen, die
181 weiter wichtig sind, bemühe mich um gegenderte Sprache.
182 Jan: es gab bisher eine Vorbereitungsgruppe zum Sommerfest, willst du mit denen
183 zusammenarbeiten, Zusammenarbeit mit anderen Referaten?
184 Guido: ich will die Kulturarbeit übergreifend gestalten, alle Thematiken behandeln. Sommerfest:
185 MitarbeiterInnen der Studentenclubs von Pub á la Pub, T1, NIL bei der Planung einbinden.
186 Katharina: machst du auch was in der Kleinkunstsparte? Willst du die Veranstaltungen im KuZe
187 stattfinden lassen?
188 Guido: wenn Leute bereit sind, sich zu engagieren, können sie Hilfe erwarten. Veranstaltungen
189 außerhalb des KuZe sind nicht geplant.
190 Rasmus: Im Wahlkampf hat die LUST u. a. die Abschaffung des Gender-Referats gefordert und
191 wollte in keinen AStA eintreten, dass ein Gender-Referat hat. Was bleibt davon, habt ihr einen
192 Sinneswandel durchgemacht? Warum gerade dieses Referat?
193 Guido: Die LUST kann alle Referate ausfüllen. Die politischen Einstellungen haben sich geändert.
194 Werde im Sinne der Koalition handeln. Halte das für demokratisch wenn man in einer Koalition
195 Kompromisse eingeht.
196 Katharina: hast du bisher schon im Bereich Kultur gearbeitet?
197 Guido: ja im Pub á la Pub und im T-Club. Organisation ist am wichtigsten.
198 Christian Kube: Gibt es Planungen zu Themenabenden, willst du ein Cafe aufbauen?
199 Guido: Idee für Thematisches: ein generationenübergreifendes Theaterstück zusammen mit
200 Senioren, habe da schon Kontakte. Themenabende zu chinesischer Medizin, aus jetziger Sicht
201 Engagement für ein Cafe erstmal nicht.
202 Björn: GO-Antrag auf Ende der Redeliste, noch Beschluss des Haushaltes heute.
203 Katharina: Guido war nicht da, jetzt ist er da, da sollte es möglich sein, ihn zu befragen.
204
205 *Der GO-Antrag wird mit 14:9:0 beschlossen.*
206
207 Katharina: Siehst du den AStA als Team? Wie stehst du zu Studiengebühren?
208 Guido: ja, als Team. Ich halte mich an Beschlüsse des AStA zu Studiengebühren: ich lehne
209 Studiengebühren zum jetzigen Zeitpunkt ab.
210 Stephan: Hast du dich mit den Erfahrungen der bisherigen Kulturreferenten von verschiedenen
211 Listen beschäftigt? Positive Impulse?
212 Guido: Mir sind die Erfolge und Misserfolge im KuZe bekannt. Ich sehe das KuZe als Ort der
213 Kultur, werde mich noch einarbeiten.
214 Anne: was studierst du? Welcher Campus? Antifa-Kulturarbeit: wie siehst du die?
215 Guido: studiere Politikwissenschaft in Griebnitzsee. Antifa-Arbeit sehr wichtig, weil die

216 Rechtsextremen schlechte Dinge tun. Was an mich herangetragen wird, werde ich wohlwollend
217 prüfen.
218 Sindy: Wirst du für Kulturarbeit an allen Uni-Standorten Werbung machen? Hast du vor, auch
219 andere Orte der Kultur zu entdecken?
220 Guido: ich bitte um Geduld, muss mich erst einarbeiten. Kultur woanders ist erstmal nicht
221 vorgesehen. Teilweise war wenig Zulauf bei den Veranstaltungen; würde mich freuen, durch
222 Werbung mehr Leute zu Montagkulturen bekommen.
223 Tamás: zu Sommerfest: bisher wurden dafür im StuWe Anträge gestellt: willst du den Anteil
224 ausschöpfen?
225 Guido: Das werden wir AStA-intern besprechen.
226 Sabine: habe bereits Projekte geplant, hast du vor, die von mir zu übernehmen?
227 Guido: Ja, ich bin gerne bereit, von dir zu lernen
228 Matthias: es gibt die Idee eines runden Tisches der Studi-Klubs zu gemeinsamen Veranstaltungen.
229 Hast du vor, Veranstaltungen zu politischen Themen zu veranstalten, wie Sexismus in der Werbung
230 oder Rassismus? Wann hast du im T-Club gearbeitet? Es gab im T-Club Probleme mit rassistischen
231 Übergriffen.
232 Guido: nächster Montag im KuZe 21:30 Uhr ist Kultur-Stammtisch, dazu will ich herzlich einladen,
233 da können alle kommen, die im Bereich Kultur etwas machen wollen und können andere
234 gleichgesinnte treffen. Ich habe gehofft, zusammen mit Menschen, die an mich herantreten,
235 Veranstaltungen zu machen. Wenn nicht, muss ich schlagkräftige Planung machen. Veranstaltungen
236 mit politischer Richtung: muss ich durchdenken. Im T-Club habe ich vor 4-5 Jahren gearbeitet. Von
237 rassistischen Überfällen im T-Club ist mir nichts bekannt.
238 Kristin: wie alt sind deine Kinder?
239 Guido: 5 Jahre und 14 Monate.
240 Mehdi: T-Club damals bekannt, dass Nazis dort ein- und ausgehen.
241 Guido: Problematik mir nicht bekannt gewesen.
242 Anne: es gibt das Netzwerk kulturelle Bildung, im Gegensatz zur Uni-trifft-Wirtschaft-Reihe. Wirst
243 du das unterstützen?
244 Guido: im Rahmen meiner Möglichkeiten: Ja.
245
246 *Vorstellung und Befragung von Tobias:*
247 Tobias: Ihr kennt mich von der letzten Vorstellung, mein Referat umfasst: kritische Begleitung von
248 dem, was die Landespolitik verbricht, verhindern, dass der Zugang zur Uni verwehrt wird. Ich bin
249 ganz klar gegen Studiengebühren, kümmere mich um die Wünsche der Studis an die Verwaltung.
250 Der AStA ist ein Team und sollte das auch sein: Zusammenarbeit und Ausdiskutieren im AStA.
251 PUCK: versuche Ungehöriges der Uni abzustellen: OK für Kopierer, bin gegen weitere
252 Funktionserweiterungen wie insbesondere als eine EC-Karte oder Abbuchung von Girokonten. Die
253 erste Aufgabe des neuen AStA: Vertrauen wiederherstellen, die Bürozeiten einhalten, den AStA den
254 StudentInnen bekannt machen, der Stadt und der Präsidentin nicht als Kindergarten, sondern als
255 Gesprächspartner bekannt machen. Außerdem Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus: eine
256 Vorlesungsreihe gegen Rechtsextremismus zusammen mit den Fachschaften, internationale
257 Kontakte pflegen: anfangen mit Polen. Meine Arbeit wird vor allem auch bei der BrandStuVe sein:
258 die BrandStuVe ist in einer Krise, mein Ziel ist, dass die BrandStuVe mit Veranstaltungen an die
259 Öffentlichkeit herantritt, um im Sommer wieder wahrgenommen wird, eine der wichtigsten Punkte
260 ist Vernetzung.
261 Arne: Zur grünen Protestform: Martin lehnte damals Streik ab, als bundesweit die Protestwelle auf
262 einem Höhepunkt war.
263 Tobias: Das ist von Situation und Materie abhängig, ich finde es wichtig, immer den Dialog mit der
264 Uni zu bewahren, erst Gespräch suchen und dann Protestform.
265 Heinrich: ich finde es lobenswert, dein Engagement gegen rechts, aber wie schaffst du das in einem
266 AStA mit dem RCDS, wo der RCDS bekannt dafür ist, einen offen rechten Rand zu haben und sich
267 nicht abgrenzt von rechtsextremen Themen, wie geht das zusammen?
268 Tobias: Der JU-Beschluss ist definitiv nicht Teil der AStA-Politik, bewahre mich davor, den RCDS
269 als rechte Hochschulgruppe zu bezeichnen. Ich werde nicht zulassen, dass einem AStA-Referenten

270 rechtsextremistische und antisemitische Aussagen unterstellt werden.
271 Sindy: Wieso der Vorschlag zu einer Ringvorlesung? Finde es inhaltlich begrüßenswert, aber der
272 Spagat ist schwierig: Seminare sind Aufgabe der Universität, mit der Ringvorlesung soll der
273 Hochschule Arbeit abgenommen werden, deshalb sollte die Vorlesungsreihe mit anderen Geldern
274 finanziert werden. Ist die Vorlesungsreihe Teil der AStA-Linie?
275 Tobias: Das soll kein Angebot für Studium und Lehre sein, wo man etwa Scheine machen kann.
276 Die Vortragsreihe ist ein Projekt vom ganzen AStA.
277 Matthias: Die Schwerpunkte der Referate sollen wohl die Schwerpunkte des gesamten AStA sein?
278 Sehe einen Vorstand, der nur aus Männern besteht. Ist Genderpolitik auch ein Schwerpunkt des
279 gesamten AStA?
280 Tobias: Genderpolitik ist wichtig.
281 Matthias: Ist der fzs im HoPo-Referat?
282 Tobias: Joschka betreut fzs in erster Linie, ich die BrandStuVe, das ist Teil unserer Arbeitsteilung.
283 Die Seminarangebote des fzs sehe ich als gute Ressource, Ausschussarbeit sehe ich zeitlich
284 schwierig, da ist mir die BrandStuVe wichtiger.
285 Matthias: Wie stehst du zum allgemeinpolitischen Mandat?
286 Tobias: dass will ich nicht eng sehen, sondern bin für eine großzügige Auslegung.
287 Matthias: Hast du dich um die Kopierer-Situation gekümmert?
288 Tobias: der politische Wille war da, finde aber die PUCK-Problematik wichtiger als die Kopierer-
289 Problematik.
290 Matthias: Ich weiß zufällig, dass die Anfrage zur Kopierer-Problematik nur 10 Minuten dauert.
291 PUCK: kennst du die Vertragssituation?
292 Tobias: bisher gab es keine schriftlichen Antworten auf meine Anfragen. Habe es mir letzte Woche
293 nicht angemaßt zu arbeiten, da ich zurückgetreten bin. Der zweite Teil des Vertrages sollte nicht
294 unterzeichnet werden, besser den Status quo beibehalten, nicht das StuWe als Partner.
295 Matthias: wie willst du mehr Studis einbinden?
296 Tobias: mir ist wichtig, sie in Kenntnis zu setzen, dass es HoPo-Referat gibt.
297 Björn: GO-Antrag auf Ende der Redeliste.
298 Sindy: Gegenrede: es soll ein neuer AStA gewählt werden: dazu ist eine ordentliche Befragung
299 nötig.
300
301 *Der GO-Antrag wird mit 14:8:0 beschlossen.*
302
303 Sindy: Kannst du begründen, warum Gender-Politik dem Vorstand wichtig ist? Was gedenkst du zu
304 tun? Warum ist keine Frau im Vorstand?
305 Tobias: Die Frauen im AStA steigen erst im AStA ein, wollten deswegen nicht in den Vorstand.
306 Der Vorstand hat keine männerdominierende Wirkung. Wir sind ein Team von 10 Leuten. Ich
307 wünsche, dass von jedem Referenten/ von jeder Referentin die exzellente Arbeit nach außen
308 strahlen wird.
309 Jan: Belegpunkte, gedenkst du die Klage zu betreuen?
310 Tobias: Ich lehne Belegpunkte ab, zuständig dafür ist Joschka.
311 Tamás: bitte mehr zum Thema Rechtsextremismus als nur Zeichensetzen mit der Ringvorlesung.
312 Joschka: PE: „Während der letzten StuPa-Sitzung wurde durch einen Anwesenden auf der
313 Homepage der Offenen Linken Liste (oll) ein Live-Blog über die Sitzung geführt. In diesem Blog
314 wurden Mitglieder des StuPa persönlich beleidigt und diskriminiert. Die neue Koalition – bestehend
315 aus GAL, Jusos, RCDS und LUST – wurde als „brauner Block“ diffamiert. Ich kritisiere diese
316 infamen Unterstellungen auf das Schärfste und verwahre mich vor ähnlichen etwaigen Äußerungen.
317 Die (oll) hat mit der Bereitstellung der Plattform, auf welcher der beleidigende Blog veröffentlicht
318 wurde, den Zenit des Ertragbaren überschritten. Eine offizielle Entschuldigung seitens des Blog-
319 Verfassers wie auch seitens der Offenen Linken Liste blieb bisher freilich aus.“ Frage an Tobias:
320 welche Schuhgröße hast du?
321 Tobias: Ich glaube, 42.
322 Stephan: finde gut, wenn du endlich in AStA-Arbeit einsteigen willst. Gibt es künftig Unterstützung
323 für die Alternativ-Uni? Bisher hat die GAL solche Anträge im AStA abgelehnt. Du bist

324 zurückgetreten wegen persönlicher Beleidigung von außen. Das kommt öfter vor. Wie sicher bist
325 du, dass du dann nicht wieder zurücktrittst?
326 Tobias: ich bin zurückgetreten, weil ich mit den Menschen, die hinter diesen Aussagen stehen, nicht
327 mehr an einem Tisch sitzen will. Die „Entschuldigung“ hat mich verwundert. Ich kann nicht sehen,
328 dass das nur eine Einzelmeinung war, siehe Stimmzettel bei der Wahl von Clas, wo mehrmals
329 „Nazi“ draufstand. Liebe oll, ich akzeptiere euch als Liste und bitte euch, zu sachlicher Arbeit
330 zurückzukehren. Ich wünsche mir eine gute politische Opposition. Es stimmt nicht, dass alle
331 Anträge zur Alternativ-Uni abgelehnt wurden.
332 Lina: Wir sind bei der Befragung, bitte auf Fragen antworten, bitte nicht über Blogs und Emails
333 reden.
334 Kai: kündigt Persönliche Erklärung an. *Dem StuPa-Präsidium liegt keine schriftliche PE vor.*
335 Heinrich: Vorstand des AStA, wie Hannes sagte, ist für Kommunikation nach außen zuständig,
336 folglich gibt es keine Kommunikation der Referate nach außen. Merkwürdig, dass damit nur
337 Männer, im Vorstand, P- und Ö-Arbeit machen. Wie schätzt du Burschenschaften und studentische
338 Verbindungen ein?
339 Tobias: weiß nicht was du konstruieren willst, ihr macht den Vorstand zu wichtig, die Arbeit der
340 Referenten wird durch die Referenten selbst nach außen dargestellt. Zu Burschenschaften: möchte
341 nicht an deren Veranstaltungen nicht teilnehmen und mag sie nicht. Nehme das als Anregung, dazu
342 eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe zu machen.
343 Heinrich: Team-Gerede nur Geschwafel.
344 Matthias: an alle Parlamentarier: es ist 21:15 Uhr.
345 Katharina Beier: Die oll hat sich für den Blog bisher nicht entschuldigt, bitte nachholen.
346 Lina: schlage vor: nächste Sitzung TOP zum Blog.
347 Matthias: wir sind durch mit der Befragung, ich beantrage: Fraktionspause von 5 Minuten.
348

349 *5 Minuten Fraktionspause*

351
352 *Vorstellung Sonja (Internationales):*
353 Sonja: Besonders wichtig ist mir die Betreuung und Beratung ausländischer Studierender,
354 besonders den AKAS (Arbeitskreis Ausländische Studierende) wieder aufzubauen ist wichtig. Will
355 Veranstaltungen gegen Extremismus unterstützen, mit AStA als Team und regelmäßige
356 Sprechstunden anbieten. Finde Extremismus in jede Richtung schädlich. Ich bin listenlos. Das
357 Studium sollte kostenlos sein. Ich lehne Belegpunkte ab. Ich unterstütze das Erasmus-Programm als
358 Möglichkeit MultiplikatorInnen für die Völkerverständigung auszubilden.
359 Tamás: Wo siehst du die Extreme in der Gesellschaft neben dem Rechtsextremismus. Was verstehst
360 du unter Völkerverständigung, Volk, Kultur – kann man mit diesen Begriffen arbeiten?
361 Sonja: Ich finde es wichtig sich in die Lage anderer zu versetzen, daher ist mir auch Verständigung
362 insbesondere etwa mit Polen wichtig.
363 Tamás: Wie sieht's mit den Studierenden aus, die nicht über ein Erasmus-Programm hier sind, die
364 haben doch mit viel mehr Problemen zu kämpfen?
365 Sonja: Ich möchte mich auch für diese Studis einsetzen und ihnen Beratungsmöglichkeiten
366 aufzeigen.
367 Tamás: Falls es zu Studiengebühren kommt, kannst du dann den Satz „Studiengebühren zuerst für
368 Deutsche“ unterschreiben?
369 Sonja: Bildung sollte ein Gut sein, das jedem, der lernwillig ist, zur Verfügung stehen sollte.
370 Lina: Wie möchtest du den AKAS wieder beleben? Wirst du dich dafür einsetzen, dass geduldete
371 MigrantInnen Zugang zur Hochschule bekommen?
372 Sonja: Finde das unterstützenswert. Ich weiß aber nicht, ob das im Internationales-Referat möglich
373 ist. Den AKAS wieder zu beleben ist wichtiger. Ich möchte alle Leute dazu an einen Tisch bringen
374 und ich habe die Leute vor Ort, da ich selber mit ausländischen Studis zusammenwohne.
375 Jan: Möchtest du das Referat übernehmen?
376 Sonja: Ja.
377 Katharina: Kannst du dir vorstellen mit Clas zusammenzuarbeiten? Er sagte ja, dass er

378 Studiengebühren für bestimmte ausländische Studierende unterstützt und ihr seht den AStA als
379 Team.
380 Sonja: Ich kann mit Clas zusammenarbeiten, da wir alle ein gemeinsamer AStA sind. Jeder hat
381 seine eigene Meinung und kann die auch individuell vertreten.
382 Mehdi: Das Erasmus-Programm ist für Europa. Europa ist zwar sehr groß, da leben viele Rassen
383 und Leute aber irgendwo hört Europa auch auf. Was ist mit den anderen, den Studierenden aus nicht
384 EU-Ländern. Die brauchen auch viel Hilfe bei Bafög, GEZ, etc?
385 Sonja: Ich habe jetzt viel Zeit und möchte mich daher intensiv einarbeiten.
386 Katharina: möchtest du die Arbeit des BAS unterstützen? Möchtest du mit dem StuWe
387 zusammenarbeiten um die Wohnsituation in den T-Heimen zu verbessern, dort wohnen fast nur
388 noch ausländische Studierende.
389 Sonja: Ich kenne das Problem und finde die Mischung, das Zusammenwohnen sehr wichtig. Hoffe,
390 dass ich mich schnell in die BAS-Arbeit einarbeiten kann.
391 Mehdi: Dabei kann ich dir gerne helfen. Was hältst du von Lobby-Arbeit um etwa die rechtliche
392 Situation von ausländischen Studierenden zu verändern? Wie stehst du zum Thema
393 „AusländerInnenbeauftragte“? Kennst du dich mit den zuständigen Behörden aus?
394 Sonja: Hab mich noch nicht damit beschäftigt. Werde mich aber versuchen, da einzuarbeiten. Zur
395 AusländerInnenbeauftragten: Dafür wird sich der ganze AStA einsetzen. Was die Behörden betrifft,
396 da muss man die Leute beraten, Wartezeiten in Kauf nehmen, etc. Ich möchte erreichen, dass sich
397 mehr Leute für AKAS einsetzen, wo dann auch solche Hilfestellung angeboten werden kann.
398 Darum möchte ich mich auch für das Tandem-Programm einsetzen und das Zusammenwohnen
399 fördern.
400 Matthias: Du sprichst viel von Beratung, das finde ich gut und wichtig. In einem AStA-Referat
401 kann aber auch politisch Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Hast du das auch vor?
402 Willst du etwa die Frage von Rasterüberprüfung von Studierenden aus bestimmten Ländern weiter
403 verfolgen, dazu wurde schon ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Oder wie stehst du zu
404 ASSIST und den Gebühren die dort gezahlt werden müssen, willst du dazu arbeiten?
405 Sonja: Damit habe ich noch keine Erfahrung, werde mich aber sehr intensiv dafür einsetzen und
406 mich dort einarbeiten.
407 Mehdi: Bist du bereit dich intensiv für die Studierenden einzusetzen, die harte Probleme haben, wenn
408 etwa Exmatrikulation droht?
409 Sonja: Ich werde hauptsächlich Studierende in ihrer Selbstständigkeit unterstützen. Habe gelernt,
410 dass es immer geht, da was zu drehen.

411

412 *Vorstellung und Befragung von Jörg:*

413 Jörg: Ihr kennt mich und meine RSBs. Ich habe die Schuhgröße 45. Was möchte ich ändern? Ich
414 halte das Beratungsangebot für zu wenig kommuniziert und verstehe nicht, warum diese Angebote
415 so wenig wahrgenommen werden. Es sind exzellente Angebote, die mehr Beworben werden
416 müssen. Es bleibt mein Ziel, das Beratungsangebot zu erweitern, etwa über den Mieterverein oder
417 die Verbraucherzentrale. Zum Begrüßungsgeld: Ich warte auf eine Stellungnahme der Berliner
418 Senatsverwaltung dazu. Neu relevant geworden ist gerade das Problem mit Mietverträgen etwa für
419 Kultur-Initiativen. Mein Gedanke ist, die Initiativen zusammen zu führen, etwa über ein
420 Rahmenprogramm/vertrag oder Träger, dem neue Initiativen dann beitreten können.

421 *Es gibt keine Fragen.*

422

423 *Vorstellung und Befragung von Lena:*

424 Lena: Ich bin 21, studiere Politik, Verwaltung und VWL, bin Deutsch-Chilenin. Ich stelle den
425 Antrag Jana als meine Stellvertreterin zu wählen. Meine Referats-Vorstellungen sind diese 3
426 Schwerpunkte: 1. Die Zusatzqualifikation. Fände es gut, wenn man das im Ba als
427 Zusatzqualifikation anbieten könnte und Studierende begeistern könnte, sich an den Seminaren zu
428 beteiligen um mehr LP zu bekommen. Mein 2. Schwerpunkt ist die Bibliothek, dort möchte ich
429 erstmal die Bücher einstellen und Web-Interface schaffen, damit per Internet drauf zugegriffen
430 werden kann. Den Buchbestand möchte ich erweitern. Mein 3. Schwerpunkt sind Veranstaltungen.
431 Ich denke an einen Stammtisch, oder eine Veranstaltung „Wie stelle ich mich als Frau

432 selbstbewusst dar?“, für die Montagskultur würde ich gern eine Filmreihe über Lateinamerika und
433 Frauenpolitik machen. Ich möchte, wenn ihr auch wollt, euere Projekt weiterführen. Mir ist
434 Kontinuität im Referat wichtig. Was verstehe ich unter Gender? Die Sexualität ist vorgegeben vom
435 Staat, die Rollen sind definiert. Es ist immer noch schwer, wenn sich Leute mit anderer Sexualität
436 outen wollen. Darin möchte ich sie unterstützen, denn wir sind die nächste Generation.
437 Lina: Ich finde es gut, dass ihr Projekte weiterführen wollt. Welche eigenen Ideen wollt ihr
438 einbringen? Wie stellt ihr euch die Arbeit in diesem AStA vor, wollt ihr z.B. die Männer im AStA
439 bei ihrer Emanzipation unterstützen?
440 Lena: Überzeugungsarbeit dazu ist wichtig. Ich freue mich drauf, dass der RCDS Genderthemen
441 unterstützen wird, dieses Jahr. Mir ist die Geschlechts- und Sexualitätsfindung sehr wichtig. In den
442 nächsten Monaten möchte ich mich erstmal mit verschiedenen Gruppen treffen auch mit der
443 Professur für Frauenforschung und mit der Gleichstellungsbeauftragten.
444 Arne: Verstehst du das Referat als klassisches Frauenreferat um auf die Benachteiligung von Frauen
445 hinzuweisen, etwa auf geringeres Einkommen?
446 Lena: Wenn du mit Frauenreferat meinst, dass eine Frau Referentin sein sollte, dann kann ich
447 antworten: Ich denke, dieses Referat kann auch von einem Mann gemacht werden.
448 Anne: Wollt ihr auch an der Dekonstruktion der Geschlechter-Rollen arbeiten, wollt ihr mit
449 Transgender-Gruppen zusammenarbeiten?
450 Lena: Ja. Ich möchte mich auch in der Uni dafür einsetzen, die Frauenförderung zu unterstützen
451 Anne: Wie steht es mit geschlechtsneutraler Sprache?
452 Lena: Dafür werde ich mich einsetzen.
453 Jan: Welche Schwerpunkte möchtest du beim Archiv setzen? Kritische Wissenschaften oder
454 Feminismus oder was anderes?
455 Lena: Kritisch ist mir wichtig, ich möchte das Thema Gender gegenüber Frauenfragen stärken, ein
456 großes Spektrum ist mir wichtig.
457 Jan: Wie stehst du zu Geschlecht als Kategorie?
458 Lena: Mich stört das Geschlecht der Gesellschaft, dagegen bin ich.
459 Sindy: Größtes Problem vor zwei Jahre war der Gegenwind bei der Zusatzqualifikation. Da gab es
460 Empörung etwa bei den Lehrenden. Bist du bereit diese Auseinandersetzungen mit der Uni-Leitung
461 auch zu führen?
462 Lena: Ja. Mir ist klar, dass es schwierig ist, das durchzusetzen. Ich bin bereit sehr viel Zeit dafür zu
463 investieren.
464 Heinrich: Finde es großartig, dass du das Referat übernimmst, wünsche dir viel Erfolg dabei. Wie
465 stehst du zur Idee eines autonomen Frauenreferats? Möchtest du das forcieren?
466 Lena: Kenne zwar das FU-Referat, dann aber gerade die Vor- oder Nachteile nicht beurteilen, weil
467 ich mich damit noch nicht beschäftigt habe. Mein erstes Gefühl: So ein Referat sollte nicht separat
468 stehen.

469
470 *Die Vorstellungen und Befragungen sind beendet, die Vorbereitung der Abstimmung beginnt.*

471
472 Heinrich: Bei der letzten Sitzung wurden Mängel bei der geheimen Abstimmung genannt und
473 Einflussnahme/Druck von Nachbarn gefürchtet. Was hat das StuPa-Präsidium dazu gemacht?

474 Stefan: Wir haben Stimmzettel vorbereitet.

475 Joschka: Jeder kann selbst entscheiden, ob er geheim abstimmen will.

476 Stefan: Ich erkläre das Verfahren: 14 Stimmen sind nötig. Ein Kreuz pro Namen. Hinter der Tafel
477 kann geheim abgestimmt werden. PEs nach der Abstimmung.

478 Heinrich: Das ist keine geheime Abstimmung, wenn einzelne sichtbar hinter die Tafel gehen
479 müssen.

480
481 *Stefan eröffnet den Wahlgang. Möglichkeit der verdeckten Stimmabgabe hinter der Leinwand.*
482 *Stimmabgabe findet statt. Auszählung während einer Fraktionspause von 5 Minuten.*

483
484 *Ergebnis der Abstimmung:*

485 *Referat für Campuspolitik, Studium & Lehre - Joschka Langenbrinck – 14:11:0 (erfolgreich)*

486 *Referat für Kommunikation und Vernetzung - Hannes Ortman – 14:9:2 (erfolgreich)*
487 *Referat für Kultur - Guido Jahncke – 14:10:0 (erfolgreich)*
488 *Referat für Kulturzentrum (stellv. Vorsitz) - Clas Hasslinger – 14:10:0 (ungültig: 1) (erfolgreich)*
489 *Referat für Ökologie und Verkehr - Björn Ruberg – 15:9:0 (erfolgreich)*
490 *Referat für Finanzen (Mitglied des Vorstands) - Mariusz Nowak – 16:4:4 (ungültig: 1) (erfolgreich)*
491 *Referat für Genderpolitik - Lena Herrera – 16:2:6 (erfolgreich)*
492 *Referat für Hochschulpolitik (Vorsitz) - Tobias Dornisch – 15:8:0 (ungültig: 2) (erfolgreich)*
493 *Referat für Internationales - Sonja Bock – 15:6:2 (erfolgreich)*
494 *Referat für Sozial- und Integrationspolitik - Jörg Schindler – 15:8:0 (erfolgreich)*

495
496 *Das gesamte konstruktive Misstrauensvotum wurde erfolgreich durchgeführt.*
497

498
499 *Aussprache zum Verfahren der Annahme der Wahl:*
500 Mariusz: Es gibt ein Problem mit der Überweisung der Gehälter, wenn der neue AStA die Wahl
501 sofort annimmt. Die Datei für die Überweisung werde ich erst morgen bekommen. Da die Löhne
502 am 15. rausgeschickt werden sollten, brauche ich morgen noch einen Unterschriftsberechtigten
503 außer mir. Nimmt der neue AStA die Wahl sofort an, können die Gehälter erst in 10 Tagen
504 rausgehen, weil das Erhalten der Unterschriftsberechtigung so lange dauert. Dann sind wir ein
505 schlechter Arbeitgeber.
506 Kai: es ist wichtig, dass die Angestellten ihr Geld bekommen. Es gibt daher die Möglichkeit, den
507 Amtsantritt um eine Woche zu verschieben.
508 Arne: liegt es daran, dass die Nachrücker nicht da sind?
509 Antwort: nein.
510 Tamás: wenn du, Mariusz morgen überweisen willst, dann nehmt doch die Wahl zum 16. an.
511 Matthias: schlage vor, dass die ReferentInnen die Wahl zum 16. annehmen, aber sich jetzt schon
512 dazu äußern.
513 Joschka: ich trete aus dem Präsidium zurück und nehme die Wahl zum AStA-Referenten zum 16.
514 an.
515 *Joschka, Clas, Björn, Lena, Sonja, Jörg, Tobias, Mariusz und Hannes nehmen die Wahl zum*
516 *16.11.06 an. Guido ist schon gegangen und hat nachträglich dem Präsidium die Annahme seiner*
517 *Wahl mit Wirkung zum 16.11. erklärt.*
518 Rasmus: kündigt PE der gül zu Wahl von Lena an. *Es liegt schriftlich keine PE vor.*
519 Matthias: kündigt PE an. *PE liegt nicht schriftlich vor.*
520

521 **TOP 7 Nachwahl in AStA**

522
523 Matthias: Es liegt vor: Antrag auf Wahl einer Stellvertreterin im Referat für Genderpolitik.
524 Peer: will nicht pingelich sein, aber nur AStA-ReferentenInnen können die Wahl einer
525 Stellvertreterin beantragen und Lena hat die Wahl noch nicht angenommen.
526 Matthias: Ist jemand dagegen, trotzdem zu wählen?
527 *Keiner spricht sich gegen heutige Wahl aus.*
528
529 *Befragung von Jana:*
530 Katharina: Was ist deine Motivation für das Referat?
531 Jana: Lena und ich wurden zusammen angesprochen, ob wir das Referat übernehmen wollen. Das
532 Referat ist mir inhaltlich wichtig, habe Lust mich zu engagieren.
533 Heinrich: Gibt es inhaltliche Kritik an Anne? Was wollt ihr anders machen?
534 Lena: Es steht auf dem Papier, dass wir gegen Anne kandidieren. Ich finde sehr gut, was Anne
535 gemacht hat, sehe uns nicht als Gegenkandidatinnen. Es ist ein normaler Wechsel, es kommen
536 immer wieder neue Referentinnen.
537 Jana: Uns geht es um Kontinuität. Ich fände es vermessen, zu sagen: ich kann es besser.
538 Heinrich: Welche Kritik an alten AStA?
539 Lena: Ich habe das Gefühl, das es nicht mehr klappt, habe es aber nicht miterlebt. Man muss

540 feststellen: das Projekt hat nicht funktioniert.
541 Jana: mir geht es um die Arbeit im Team.
542 Sindy: persönliche Interessen im Referat?
543 Jana: möchte wöchentliche Veranstaltung zu dem Thema machen. Will das Projekt offen gestalten,
544 verschiedene Betrachtungsweisen. Mein Wunsch, eine Plattform zu bilden. Wichtig ist, dass ein
545 Bewusstseinsprozess stattfinden.
546 Björn: möchte daran erinnern, dass es 23 Uhr ist, es ist Zeit, damit Schluss zu machen, über den
547 AStA zu diskutieren. Meine Frage an Jana: siehst du AStA als Team?
548 Jana: ja.
549 Lina: will mir nicht sagen lassen, wann ich mit Fragen aufhören soll. Andere AStA-Referenten
550 werden mit euren Themen Probleme haben. Seid ihr bereit Kämpfe auszutragen? Hast du schon
551 Erfahrungen in dem Bereich gemacht?
552 Jana: sehe den AStA als Gruppe, ja, es stimmt, wir werden es nicht einfach haben mit unserem
553 Referat. Mein Wunsch: das voranzutreiben, was mir wichtig ist, mit guten Argumenten. Zögerlich
554 mit eigenen Projekten: will lieber Projekte fortsetzen. Studiere Soziologie, da gibt es den Bereich
555 Geschlechterfragen.
556 Lina: könnt ihr bitte zuhören? Typisch, dass bei diesem Thema wieder Einzelgespräche geführt
557 werden.
558 *Schriftliche Abstimmung:*
559
560 *Jana Bosse ist als Stellvertreterin von Lena Herrera mit 14:4:5 gewählt.*
561
562 Matthias: Nimmst du die Wahl an?
563 Jana: ich nehme die Wahl zum 16. an.
564
565 **TOP 7: Nachwahl zum StuPa-Präsidium**
566 *keine Kandidaturen.*
567
568 **TOP 8: Festlegung der Höhe der Aufwandsentschädigung**
569 Tobias: Senkung der Aufwandsentschädigung dient zur Finanzierung der Veranstaltungsreihe gegen
570 Rechtsextremismus.
571 Lina: herzlichen Glückwunsch, dass ihr freiwerdende Gelder gegen Rechtsextremismus verwendet.
572 Matthias: Ist die Änderung der AE überhaupt möglich? In der Satzung steht, dass die AE jährlich
573 festgelegt wird. Diese Regelung dient als Sicherheit für die AStA-Referenten, damit sie über ein
574 Jahr hinweg planen können. Ich schlage vor, dass wir über die AE-Änderung abstimmen, wenn die
575 bisherigen Referenten mit der Senkung einverstanden sind
576 Mariusz: wir sind im 12-tel-Haushalt, die Änderung der AE gilt erst ab in zwei Wochen.
577 *Björn, Jörg, Mariusz und Tobias sind mit der Senkung der AE auf 240 Euro einverstanden.*
578 Abstimmung über die Festlegung der Aufwandsentschädigung auf 240 Euro:
579
580 *Die Aufwandsentschädigung für die AStA-Referenten wird mit 20:0:3 auf 240 Euro festgelegt.*
581
582 **TOP 9: Beschlussfassung des Haushaltes der Studierendenschaft der Uni Potsdam**
583 Matthias: Es liegen mehrere Änderungsanträge vor. Mariusz, willst du den Haushalt vorstellen?
584 Mariusz: will nicht noch mal den Haushalt vorstellen.
585 Arne: zu AE-Titel: ist das so ausgerechnet, dass der AStA 9b ab Mitte November 240 Euro
586 bekommt und der alte AStA noch 250 Euro?
587 Martin: Haushalt gilt ab 1.10. Für die alten ReferentInnen ist genug Geld drin, dass sie bis Mitte
588 November nach alter AE bezahlt werden können.
589 Tamás: Änderungsantrag zum Haushalt, *Tamás legt zur Veranschaulichung eine Folie zum*
590 *Haushaltsentwurf und zu seinen Änderungen auf (hier nicht abgebildet). Antragstext und*
591 *Antragsbegründung vgl. Verschickung.*
592 Martin Schütte: zum Antrag auf Senkung des Titels 51501 (Geräte, Ausstattung, Ausrüstung): auch
593 oll-Mitglieder nutzen die Technik, bitte Vorschläge: was soll abgeschaltet werden?

594 Katharina: zum Änderungsantrag 5 (Umschichtung innerhalb des KuZe-Etats): habe mich intensiv
595 mit ekze unterhalten, sie brauchen nicht so viel Geld für Veröffentlichungen. Das Geld ist besser
596 bei KuZe-Veranstaltungen und bei Geschäftsbedarf untergebracht.
597 Matthias: veranschlagte Gelder wurden für Technik nicht ausgegeben. Sollten mit Geld des alten
598 AStA unbedingt neue Computer gekauft werden? Im alten Haushalt wurde der Posten nicht
599 ausgeschöpft, jetzt soll er erhöht werden.
600 Jürgen: Der Änderungsantrag 5 von Tamás zum KuZe dürfte Konsens sein. Vorschlag: bis zum
601 Nachtragshaushalt das Geld für Technik zur Verfügung stellen, um Risiken abzufedern. Kann dann
602 im Nachtragshaushalt umgeschichtet werden, evtl. für das Sommerfest.
603 Kai: legitim, wenn Verschiebung innerhalb des KuZe. Hochschulsport kürzen (ÄA 3) sehe ich
604 kritisch, wir sollten da Rücksprache mit anderen Hochschulen halten, da gibt es eine Vereinbarung
605 mit der Uni. Studi-Projekte waren bisher unter 20.000 Euro und wurden nicht voll in Anspruch
606 genommen. Schlage vor, bei der Haushaltsplanung konservativ heranzugehen.
607 Peer: Gibt es Investitionsplan Technik: was angeschafft worden ist und was in der Zukunft ansteht?
608 Tamás: ich sehe nicht, dass 5000 Euro für Studi-Server gebraucht werden.
609 Matthias: zu Jürgen: Puffer: letztes Jahr gab es eine Havarie und teure Ausfälle: dafür war Puffer
610 von 3000 Euro ausreichend.
611 Martin: Die Abrechnung für die letzte Havarie kommt noch und ist bei den Zahlen vom alten
612 Haushalt noch nicht drin. Außerdem soll das Büro teils neu eingerichtet werden.
613 Mariusz: finde es kindisch, die Titelnummern zu ändern (Änderungsantrag Tamás 1). Sind bei 4500
614 Euro bei Technik, daher ist es gut mit 5000 Euro zu rechnen. Puffer von 25% ist angemessen.
615 Vorschlag: Hochschulsport-Fonds auf 4000 zu senken und den Veranstaltungen-Kultur-Etat auf
616 16000 zu erhöhen, 1000 Euro, die von der Senkung der AE übrig sind, mit in den Veranstaltungen-
617 Kultur-Etat.
618 Tamás: Studi-Projekte-Etat jetzt erhöhen für klare Signale nach außen! Höhe der Haushaltstitel
619 schafft Bedarf. Will man Bedarf für Technik schaffen, indem man ihn auf 5000 erhöht? Wir haben
620 Bedarf bei Studi-Projekte, der nicht evaluierbar ist.
621 Tobias: werden keinen Schmarren bei Einrichtung kaufen.
622 Arne: Welche Änderungsanträge werden übernommen?
623 Anselm: es gibt immer mehr Anträge für Studi-Projekte, gerne Studi-Projekte-Topf steigern, wenn
624 wir wissen, dass wir kein Risiko eingehen. Besser: bis zum Nachtrags-Haushalt warten.
625 Kai: Stand: der Änderungsantrag 5 wird übernommen, Änderungsanträge 2 und 4 sind strittig,
626 zum Änderungsantrag 3 gibt es einen Kompromiss-Vorschlag von Mariusz: auf 4000 Euro senken.
627 Matthias: wir werden die Änderungsanträge einzeln zur Abstimmung stellen.
628
629 *Abstimmung über die 5 Änderungsanträge, eingereicht von Tamás:*
630
631 *Der Änderungsantrag 1 (Systematik) wird mit 6:11:6 abgelehnt.*
632
633 *Der Änderungsantrag 2 (Senkung von Geräte, Ausstattung, Ausrüstung) wird mit 9:13:1 abgelehnt.*
634
635 *Der Änderungsantrag 3 (Senkung von Hochschulsport) wird mit 8:14:1 abgelehnt.*
636
637 *Der Änderungsantrag 4 (Senkung von Veröffentlichungen) wird mit 5:11:6 abgelehnt.*
638
639 *Der Änderungsantrag 5 (Umschichtung innerhalb des KuZe-Etats) wird vom Antragsteller*
640 *übernommen.*
641
642 *Abstimmung über den HH-Änderungsantrag von Tamás: frei werdende Mittel von AE in den Topf*
643 *für Studierendenprojekte zu übertragen:*
644
645 *Der Änderungsantrag zum Haushalt wird mit 6:14:3 abgelehnt.*
646
647 *Abstimmung über den Gesamt-Haushalt:*

648

649 *Der Haushalt wird mit 15:3:5 beschlossen und gilt rückwirkend ab dem 01. 10. 2006.*

650

651 Matthias: Gibt es Antrag auf Verlängerung der Sitzung?

652 *Kein Redebedarf.*

653

654 *Ende der Sitzung um 23:57. Die Tagesordnungspunkte 10 Anträge, 11 Berichte, 12 Beschluss der*
655 *Protokolle, 13 Initiativanträge und 14 Sonstiges werden nicht mehr behandelt und stehen damit bei*
656 *der nächsten StuPa-Sitzung auf der Tagesordnung.*

657

658 Protokoll: Matthias Wernicke, Stefan Klose.

1 **Antrag der offenenlinkenliste [oll] zu den „Überlegungen und Empfehlungen“ der AG**
2 **Studienbeiträge der Universität Potsdam**



3 **Das Studierendenparlament möge beschließen:**

4 „Das IX. Studierendenparlament hat sich mit den „Überlegungen und Empfehlungen“ der AG
5 Studienbeiträge der Universität Potsdam (im Folgenden: AG Studienbeiträge), die auf der
6 Senatsitzung am 26.10.2006 kurz andiskutiert wurden, befasst und kommt zu folgender
7 Stellungnahme:

8 **Vorbemerkung:**

9 Diese Stellungnahme orientiert sich eng an der Vorlage der AG Studienbeiträge und lässt
10 somit weitere Argumente größtenteils außer Acht. Ziel dieser Stellungnahme ist es, die
11 „Überlegungen und Empfehlungen“ kritisch zu hinterfragen; es ist nicht das Ziel, ein
12 „besseres Beitragsmodell“ vorzuschlagen.

13 **Zum Punkt (a) Studiengebühren und Steuerungswirkung**

14 1. Argument: „hohe wie dauerhafte Investitionen“ sind vonnöten, „die realistischerweise von
15 der öffentlichen Hand allein nicht mehr getätigt werden können“

16 Ob durch Studienbeiträge „hohe wie dauerhafte Investitionen“ gesichert werden können,
17 erscheint zweifelhaft, solange die Höhe nicht benannt ist. Prorektor Fuhr als Leiter der AG
18 Studienbeiträge sprach im Senat von einer Summe von etwa 17 Mio. Euro. Das
19 Studierendenparlament betrachtet diese Summe als zu hoch.

20 Eine Modellrechnung: 10 % der 17000 Studierenden verlassen nach den ersten Erfahrungen
21 aus anderen Bundesländern mit Einführung von Studiengebühren die Hochschule; zudem
22 werden aufgrund der geforderten Sozialverträglichkeit BAföG-Empfänger/innen nicht zur
23 Zahlung verpflichtet – an Brandenburgischen Universitäten sind dies derzeit 25 %. Eine
24 Schnittmenge zwischen diesen beiden Gruppen erscheint unwahrscheinlich, weil die BAföG-
25 Empfänger/innen schließlich von der Zahlung nicht betroffen sind und das Studium daher
26 nicht abbrechen werden. Als Summe wird die erwartete Obergrenze von 500 Euro pro
27 Semester bzw. 1000 Euro pro Jahr angenommen. Es entstehen somit Einnahmen von 11 Mio.
28 Euro im Jahr. Die Verwaltung der Studiengebühren (Verwendung, Zahlungsverkehr,
29 Mahnungen) und die Überprüfung der Sozialverträglichkeit verursachen ebenfalls Kosten.
30 Die Verwaltung eines BAföG-Falles kostet in Baden-Württemberg 166 Euro.¹ Da alle
31 verbleibenden 11 000 Studierende jeweils ein Fall sind, müssen somit 1,8 Mio. Euro von den
32 Einnahmen abgezogen werden.² Die Universität Potsdam würde letztendlich über zusätzliche
33 Einnahmen etwa 9 Mio. Euro verfügen. Dies stellt ein Zehntel des (um die Studienbeiträge
34 erhöhten) Haushaltes der Universität dar. Je nachdem, wie „sozialverträglich“ das Modell des
35 Weiteren ausgestaltet wird, kann die Universität nicht sofort über diese Summe verfügen, da

¹ vgl. Jens Hüttmann/Peer Pasternack (2005): Studiengebühren nach dem Urteil, HoF-Arbeitsbericht 5'05, S. 58, im Internet unter: <http://www.hof.uni-halle.de/studiengebuehren/>.

² Weitere Vergleichswerte, mit denen man rechnen könnte: die Hessischen Hochschulen bekommen qua Gesetz 10 % der eingenommen Studienbeiträge für die Deckung der anfallen Verwaltungskosten zugewiesen (= 50 Euro pro Fall), diese Summe wurde vom Gesetzgeber jedoch nicht begründet und erscheint daher eher willkürlich und politisch motiviert zu sein, um den größten Betrag der Studienbeiträge ihrem eigentlichen Zweck zuführen zu können. Der Brandenburgische Gesetzgeber – und alle Hochschulen des Landes – ist zum Beispiel davon überzeugt, dass bereits der Akt der Rückmeldung einen Aufwand von 51 Euro verursacht. Die Verwaltung der Studienbeiträge wird aufwändiger sein und muss daher mit einer höheren Summe taxiert werden. Der Vergleich für einen BAföG-Fall bietet sich dabei an.

36 vielfach in der Diskussion ist, dass diese Gebühren auch nachlaufend gezahlt werden können
37 bzw. ein inneruniversitärer Ausfallfonds installiert wird. Letzteres wurde von Herrn Fuhr auf
38 der Senatssitzung ins Gespräch gebracht, und zwar in einer Größenordnung, die über die reine
39 Kostenübernahme der Studienbeiträge für die geförderten Studierenden hinausgehen könnte.
40 Zudem kann je nach Beitragsmodell auch von einer niedrigeren Summe an Beiträgen
41 ausgegangen werden, etwa falls die Beiträge fächerspezifisch erhoben werden und die 500
42 Euro lediglich die vom Gesetzgeber vorgegebene Obergrenze darstellen.

43 Rechtfertigt diese Summe die negativen Auswirkungen der Beitragserhebung und den
44 möglichen permanenten Streit zwischen den Befürworter/innen und Gegner/innen der
45 Studienbeiträge? Dies ist die politische Frage, die im Falle der gegebenen Rechtsgrundlage
46 der Senat wird beantworten müssen.

47 2. Argument: Die Studierenden müssen „wirkungsvoller in die Qualitätssicherung [...]
48 einbezogen werden“

49 Es stellt sich die Frage, welcher Qualitätsbegriff hier zugrunde gelegt wird und wie diese
50 Steuerung vollzogen werden kann. Um die Akzeptanz der Beiträge zu gewährleisten kann
51 davon ausgegangen werden, dass die Gebühren nicht für Forschungszwecke, sondern für den
52 Lehrbetrieb – sowie laut Vorschlag für die zentralen Einrichtungen – eingesetzt werden. Also
53 handelt es sich um beabsichtigte Steuerungswirkungen in der Lehre. Nach Ansicht des
54 Studierendenparlamentes greifen hier alternative Qualitätssicherungsmethoden, die in einer
55 angstfreien Atmosphäre zwischen (angehenden) Akademiker/innen stattfinden können, besser
56 – Stichwort: Lehrevaluation. Unterstellt man den Dozierenden zudem ein größeres
57 Forschungsinteresse und ein geringeres Interesse an der Lehre, so wird die Position der
58 Beitragszahler/innen schwächer. Ein auf Lebenszeit verbeamteter C 4-Professor wird nicht
59 durch den Anreiz, 30 Standardwerke anschaffen zu können, seinen 20 Jahre alten Lehrplan
60 ändern. Die Klausuren seiner Vorlesungen werden sowieso von seinen Mitarbeiter/innen
61 korrigiert. Und unter der Annahme, dass es weiterhin Platzbeschränkungen für
62 Lehrveranstaltungen an dieser Hochschule gibt, werden die Seminare des Professors auch
63 nicht kleiner, da die Anzahl der Teilnehmer/innen bereits gedeckelt ist. Nur die Studierenden
64 haben dann den Vorteil, dass sie flexibler auswählen können, falls durch ihre Beiträge ein
65 Lehrauftrag finanziert wird. Damit bekommt der C 4-Professor vielmehr einen Anreiz für eine
66 schlechte(!) Lehre, damit die Studierenden endlich einen Lehrauftrag finanzieren, um ihn
67 umgehen zu können. Dieser externe Lehrbeauftragte steht dann aufgrund seines zeitlich
68 befristeten Arbeitsverhältnisses in der Tat unter dem Druck, „gute Lehre“ anzubieten, um
69 auch nächstes Semester den Auftrag zu erhalten. Diese „gute Lehre“ könnte sich dann darin
70 äußern, dass alle Studierenden einfach einen Schein bekommen, um sich somit beliebt zu
71 machen.

72 Eine Qualitätsverbesserung /-sicherung stellt daher keine logische Konsequenz aus der
73 Einführung von Studienbeiträgen dar. Zumal ungeklärt bleibt, was „Qualität“ überhaupt ist.
74 Eine quantitative Verbesserung lässt sich angesichts von 9 Mio. Euro Investitionen nicht
75 bestreiten. Die Denkweise der AG Studienbeiträge scheint zu sein, dass durch finanzielle
76 Zuwendungen an einzelne Lehrstühle bzw. durch das Zurückfallen auf den Status quo ante die
77 Studierenden an Mitsprache gewinnen. Falls das Interesse der anderen Statusgruppen an einer
78 solchen Qualitätsdiskussion besteht, so stellt sich die Frage, warum diese Diskussion nicht
79 auch ohne Geld laufen kann – an manchen Instituten findet diese Auseinandersetzung ja
80 bereits statt. Falls das Interesse auf der Seite der Lehrenden nicht vorhanden sein sollte,
81 scheint die Verhandlungsbasis (oder besser: Marktmacht) der Studierenden
82 (Konsument/innen) auch nicht gerade komfortabel. Und wie soeben gezeigt wurde, werden
83 die Anreizwirkungen für die Festangestellten eher als gering angesehen, bei prekären

84 Beschäftigungsverhältnissen könnte sich dagegen eine „Lehre mit dem geringstmöglichen
85 Widerstand für die Studierenden“ entwickeln.

86 Bei einer „Qualitätsdiskussion“ im Schatten der Studienbeiträge könnten sich zudem
87 dieselben Gräben auftun, die es bereits bei der Diskussion um die Lehrevaluation gibt. Die
88 „Freiheit der Wissenschaft“, besonders die „Freiheit der Lehre“ und das verbriefte
89 professorale Recht, in Fragen, die unmittelbar die Lehre betreffen, entscheidend mitreden zu
90 dürfen, lassen die Einflussmöglichkeiten der Beitragszahler/innen ebenfalls schwinden.

91 Zu guter Letzt weist das Studierendenparlament auf einen Widerspruch innerhalb der
92 „Überlegungen und Empfehlungen“ hin: Einerseits prognostiziert die AG Studienbeiträge,
93 dass die Position der Studierenden verbessert wird, weil sie 500 Euro Studiengebühren zahlen
94 und daher Anspruch der Studierenden an die Qualität des Studiums (berechtigterweise)
95 wachsen werde – warum wird dann andererseits bei der sozialen Dimension argumentiert,
96 dass die Einführung von 500 Studiengebühren im Semester angesichts der Gesamtkosten eine
97 Marginalie sei? Warum wird erwartet, dass mit dieser – angeblichen – unwesentlichen
98 Steigerung der studentischen Kosten mit einem Mal ein Wettbewerb und eine
99 Qualitätsdiskussion einsetzen? Eben weil die 500 Euro kein Pappenstiel sind. Daher ist die
100 Ansicht der AG Studienbeiträge, dass die Einführung von allgemeinen Studiengebühren
101 sozialpolitisch zu vernachlässigen sei, zurückzuweisen. Das Studierendenparlament weist
102 zudem darauf hin, dass bereits heute nahezu die Hälfte der Kosten eines Studiums (inkl.
103 Lebenshaltungskosten) von der privaten Hand getragen wird³ und eine Erhöhung dieses
104 Anteils um 1000 Euro pro Jahr angesichts der sozialen Situation keine Marginalie darstellt.

105 **Zum Punkt (c) Ermessen der Hochschulen bei der Erhebung von Studienbeiträgen**

106 Den Hochschulen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich auf nicht näher definierte
107 „gewisse Eckpunkte“ zu einigen. In der derzeitigen Situation können damit nur die
108 Brandenburgischen, vielleicht noch die Berliner Hochschulen gemeint sein. Soll der
109 Wettbewerb also auf diese Hochschulen beschränkt bleiben? Findet der Wettbewerb innerhalb
110 Brandenburgs angesichts der unterschiedlichen Hochschulprofile wirklich statt? Ist
111 vollständiger Wettbewerb um Hochschulzugangsberechtigte überhaupt möglich? Haben wir
112 es denn mit einem umfassend informierten „Kunden“ zu tun? Nein. Dieser Wettbewerb „um
113 die besten Köpfe“ ist immer ein Scheinwettbewerb, da die angehenden Studierenden das
114 „Produkt Hochschule“ gar nicht kennen (können). Ein Hochschulschnuppertag reicht nicht
115 aus, um wirklich entscheiden zu können, ob man besser in Osnabrück oder Potsdam
116 Geschichte studieren möchte, ein „Markenwechsel“ (von Osnabrück nach Potsdam) wie beim
117 Kauf einer Tüte Milch etwa, kann beim Missfallen des Produktes nicht ständig vollzogen
118 werden. Mit zunehmendem Wettbewerb und der Einführung von Studienbeiträgen muss die
119 Hochschule zudem mehr Geld in das Hochschulmarketing investieren, um den
120 Studierwilligen zu beweisen, dass sie hier ihr Geld anlegen sollen. Geld, das ihr an anderer
121 Stelle fehlt. Die Wahl des Studienortes ist eben auch vom Ruf der Hochschule abhängig – ob
122 dieser Ruf gerechtfertigt ist oder nicht steht auf einem anderen Blatt. Zudem spielen bei der
123 Wahl des Studienortes noch andere Faktoren, wie soziale Bindungen, finanzielle
124 Möglichkeiten, Großstadt vs. Kleinstadt, Ausland vs. Inland eine Rolle. Die Annahme der
125 AG, dass „die Entscheidung pro oder contra Studiengebühren [sic!] [...] zu einem zentralen
126 Element des Wettbewerbs an den Brandenburgischen Hochschulen [wird]“ erscheint daher als
127 überbewertet. Eine Entscheidung „contra Studiengebühren“ wird zudem den Studiengang als
128 „Billigstudiengang“ oder als „einmaliges(!) Schnupperangebot“ erscheinen lassen. Welche

³ Die Ausgaben für den Hochschulbereich (ohne Forschung) betragen im Jahr 2000 28,4 Mrd. Euro, von denen 14,0 Mrd. von privaten Haushalten getragen wird, vgl. FiBS (2004): Bildungsausgaben in Deutschland - eine erweiterte Konzeption des Bildungsbudgets. FiBS-Forum Nr. 20, S. 52, im Internet abrufbar unter http://www.fibs-koeln.de/forum_20.pdf.

129 Hochschule will aber eine Aldi-Hochschule sein, wenn es nur für Feinkost-Käfer-Angebote
130 Drittmittel und Prestige gibt? Es wird manchen Hochschulen u.U. gar nichts anderes übrig
131 bleiben, als ein solches „Billig-Image“ zu besetzen, um überhaupt Studierende anzuziehen.
132 Denn mit erhöhtem Eigenanteil steigen auch die Erwartungen der Studierenden, daher wird
133 die Ortswahl Cottbus oder Heidelberg noch deutlicher ausfallen. Die Bindung der
134 Studierenden an eine selbsternannte „Billig-Hochschule“ wird ein schwieriger Prozess
135 werden, der Ruf der Hochschule – und somit das Ansehen ihrer Absolvent/innen wird
136 ebenfalls leiden.⁴ Die Hochschulen ohne Beiträge geraten weiter ins Hintertreffen, da ihre
137 quantitative Ausstattung im Vergleich zu den übrigen Hochschulen sich verschlechtern wird.
138 Die regelmäßig wiederkehrende Entscheidung „pro/contra Studienbeiträge“ kann darüber
139 hinaus zu einem längerfristigen Zerwürfnis zwischen den einzelnen Streitparteien führen, da
140 die Studierenden jedes Jahr dieselbe Forderung aufstellen könnten – solange kein
141 Abnutzungs- oder Gewöhnungseffekt eintritt bzw. die ärmeren Studierenden keine Zeit mehr
142 für eine politische Einmischung haben oder bereits ihr Studium abgebrochen haben. Die
143 jüngsten Erfahrungen in NRW haben gezeigt, welche Zustände bei einem solchen
144 Entscheidungsfindungsprozess eintreten können. (Nein, dies ist keine Drohung, das Auto des
145 Rektors oder der Präsidentin anzuzünden. Potsdam ist nicht Bielefeld oder Köln, aber 500
146 Euro sind in NRW und in Brandenburg immer noch dieselbe Summe.)

147 **Zum Punkt (e) Zweckbindung von Studienbeiträgen**

148 In einer Wettbewerbs- und Konkurrenzsituation erscheint die Annahme, dass die BWL-
149 Studierenden bereit sein werden, mit ihren Beiträgen die Ernährungswissenschaft zu
150 sponsorn, als abwegig. Die Formulierung, dass die Beiträge „mit den Studierenden in die
151 Fakultät *ihrer Wahl*“ gehen, lässt im Unklaren, wer konkret die Entscheidung über die
152 Verwendung der Beiträge hat. Alle Studierenden, die Studierenden der Fakultät, des
153 jeweiligen Faches? Das Studierendenparlament geht von der Annahme in Satz 1 aus. Dies
154 führt zu der Konsequenz, dass teurere, experimentelle Fächer entweder höhere Gebühren
155 erheben müssen – und somit ärmere Studierende ausgrenzen – oder dass der Nutzen der
156 Gebühren vergleichsweise gering bleibt und die Studierenden trotz derselben
157 Gebührensumme wie Studierende von „Buchwissenschaften“ im Endeffekt einen geringeren
158 Nutzen erwarten können. Ähnlich kann man bei der Kategorie großer/kleiner Studiengang
159 argumentieren.

160 **Zum Punkt (f) Keine Anrechnung der Studienbeiträge auf das Hochschulbudget**

161 Diese Forderung kann vielleicht über eine, maximal über zwei Wahlperioden erfüllt werden.
162 Aber die Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass über kurz oder lang der Anteil
163 der staatlichen Finanzierung zurückgehen wird. In Brandenburg lässt sich dieses bereits bei
164 den so genannten „Immatrikulations- und Rückmeldegebühren“ zeigen. Mit der Einführung
165 dieser Gebühren im SoSe 2001 gingen die Landeszuweisungen um etwa 2,0 Mio. Euro zurück
166 – bei einer Mehreinnahme durch die Gebühren in Höhe von 1,5 Mio. Euro.

167 **Zum Punkt (g) Sozialverträglichkeit der Studienbeiträge**

168 Die wichtige Frage der Sozialverträglichkeit und der Auswirkungen der Beiträge auf die
169 Geldbeutel der Studierenden taucht signifikanterweise erst am Ende der „Überlegungen und
170 Empfehlungen“ auf. Dabei ist die soziale Dimension eine entscheidende Komponente und
171 nach Auffassung des Studierendenparlamentes *das* zentrale Argument gegen die Einführung

⁴ Diese Prognose folgt der Annahme, dass der Wettbewerb zwischen den Hochschulen wirklich stattfindet und Wirkung zeigt. Die AG Studienbeiträge folgt diesem Glauben an den Wettbewerb, daher sollen hier auch die Konsequenzen für die Verliererhochschulen, von denen einige auch in den strukturschwachen Regionen Brandenburgs zu finden sein werden, benannt werden.

172 von Studienbeiträgen (die oben aufgeführten systemimmanenten Kritikpunkte treten hinzu,
173 befassen sich jedoch nicht mit der Frage, *ob* man Studiengebühren haben wolle, sondern nur
174 mit dem *Wie*). Die Forderung der AG Studienbeiträge, dass nur die Gesamtkosten, von denen
175 die Beiträge einen „sehr kleinen Teil“ ausmachten, Gegenstand von einer „gesonderten
176 sozialpolitischen Betrachtung von Bund und Ländern“ sein sollten, weist das
177 Studierendenparlament zurück.

178 Brandenburgs Studierende verfügen über ein durchschnittliches Monatseinkommen von 701
179 Euro, 37 % müssen mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen.⁵ Am Semesteranfang
180 müssen insgesamt etwa 250 Euro für die Rückmeldung an der Uni Potsdam gezahlt werden,
181 kommen weitere 500 Euro hinzu, so übersteigt dies das Monatseinkommen des
182 Durchschnittsstudenten! Das Angebot, einen (verzinsten) Kredit aufzunehmen, wirkt gerade
183 auf Studierende aus ärmeren Verhältnissen und mit weniger lukrativen Arbeitsmarktchancen
184 abschreckend. Können die Beiträge nachlaufend gewährt werden, so dass man am Ende „nur“
185 einen (unverzinsten?) Schuldenberg bei der eigenen Hochschule und nicht bei einer Bank hat,
186 so fällt der erhoffte schnelle Ertrag für die Hochschule ins Bodenlose, weil die
187 Verwaltungskosten steigen und die Beiträge von vielleicht nur 12 % Studierenden
188 (monatliches Einkommen der Uni-Studierenden über 900 Euro) sofort gezahlt werden. Ein
189 unverzinsten Kredit einer Bank oder Sparkasse ist derzeit nicht auf dem Markt zu finden und
190 wird wahrscheinlich auch nicht flächendeckend eingeführt werden.

191 Diese Einnahmesituation zeigt, dass 1000 Euro im Jahr einen relevanten Betrag für die
192 Studierenden bedeuten und daher die Erhöhung der Fixkosten für das Studium um diesen
193 Betrag eine beachtliche Größe darstellt. Daher muss die Behauptung, dass diese 1000 Euro
194 nur einen „sehr kleinen Teil“ des studentischen Geldbudgets ausmachten, zurückgewiesen
195 werden. Bereits heute arbeiten 69 % der Uni-Studierenden in Brandenburg, 45 % sogar
196 „häufig“ bzw. „laufend“, der durchschnittliche Stundenlohn beträgt dabei 9 Euro (Männer: 10
197 Euro, Frauen: 8 Euro). 65 % brauchen dieses Geld „unbedingt“ zur Bestreitung des
198 Lebensunterhalts (Stufen 4 und 5 auf einer 5stufigen Skala, Männer: 61 %, Frauen: 69 %).
199 Die zusätzlichen 1000 Euro müssen also durch Zusatzarbeit erbracht werden, für
200 Studentinnen bedeutet das einen Mehraufwand von 125 Stunden im Jahr, bzw. 2,4 Stunden
201 pro Woche ohne Urlaub.⁶ Der durchschnittliche Arbeitsaufwand aller Studentinnen von
202 derzeit 43,4 Stunden/Woche, würde sich daher auf eine 46-Stunden-Woche erhöhen.⁷ Geht
203 man von einem 11semestrigen Bachelor/Master-Studium aus, so kommt man auf etwa 690
204 Arbeitsstunden – dies entspricht 23 Leistungspunkten und somit fast einem zusätzlichen
205 Semester. Diese „ideale Durchschnittsrechnung“ zeigt also, dass die Beiträge
206 studienzeitverlängernd wirken. Dabei ist zu beachten, dass solche Durchschnittswerte
207 naturgemäß nivellierend wirken und die Kohorte der soziale schwächsten Studierenden bei
208 dieser Musterrechnung weitaus schlechter abschneiden wird.⁸

⁵ Die folgenden Zahlen beruhen auf der 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Regionalauswertung für Brandenburg.

⁶ Unter der idealen Annahme, dass die Studentinnen ein Arbeitsverhältnis haben, dass ganzjährig ist. Unberücksichtigt bleibt die Frage, ob überhaupt die Möglichkeit besteht, die Arbeitszeit aufzustocken oder eine weitere Arbeit anzunehmen. In der Realität werden das aber die entscheidenden Fragen sein.

⁷ Diese Rechnung hakt natürlich ein wenig, weil aus der Statistik nicht genau ersichtlich wird, wie hoch der aktuelle Arbeitsaufwand der erwähnten 69 % wirklich ist. Es ist aber davon auszugehen, dass diese Studentinnen aufgrund ihrer finanziellen Situation tendenziell mehr Zeit als die 43,4 Wochenstunden für Studium und Erwerbsarbeit investieren werden, so dass ihr Wert bereits heute deutlich über dem Durchschnittswert, der auch die nicht-erwerbstätigen Studentinnen erfasst, liegt.

⁸ Ein Siebtel aller Brandenburgischen Studierenden (ein Zehntel an den Unis) arbeiteten im Frühjahr 2003 für bis zu fünf(!) Euro pro Stunde. Dieses Siebtel müsste also etwa 250 Stunden im Jahr arbeiten, wodurch sich ihre Wochenarbeitszeit um fünf Stunden erhöhen würde bzw. das „Extrasemester“ statistisch gesehen bereits nach sieben Semestern erreicht wäre.

209 Dieser durchschnittliche Arbeitsaufwand zeigt darüber hinaus, dass die Erwartung, dass sich
210 die Studienzeiten nach der Einführung von Studienbeiträgen aufgrund einer Ausweitung des
211 Lehrangebots verringern würden, kritisch hinterfragt werden muss bzw. welchen Preis die
212 Studierenden für ein schnelleres Studium zahlen müssten. Angesichts einer 43- bzw. 46-
213 Stunden-Woche erscheint die erhoffte Verkürzung der Studienzzeit nur für eine Minderheit
214 erreichbar. Selbst wenn man nur ein zusätzliches Seminar im Umfang von vier
215 Leistungspunkten (=120 Arbeitsstunden) belegt, steigt die Wochenarbeitszeit um etwa fünf
216 Stunden auf eine durchschnittliche(!) 51-Stunden-Woche. Manche Studierende werden sich
217 zu einer solchen Wochenarbeitszeit gezwungen sehen, um der finanziellen Belastung durch
218 das Studium möglichst schnell zu entkommen. Ob dadurch die akademische Leistung der
219 Betroffenen gefördert wird, darf bezweifelt werden.

220 Die soziale Schere wird summa summarum bei Studiengebühren mit Sofortzahlung weiter
221 aufgehen. Dabei liegt der Anteil der Studierenden aus sozial niedriger Herkunft bereits
222 gegenwärtig bei gerade 11 %. Das Studierendenparlament geht nicht davon aus, dass Ärmere
223 per se dümmer sind, sondern sieht die finanzielle Belastung auch bei einem (weitgehend)
224 gebührenfreien Studium als einen zentralen Erklärungsfaktor an.

225 Bei einer möglichen Kreditaufnahme werden die sozial Schwächeren zusätzlich stärker
226 belastet, weil sie im Gegensatz zu Student/innen aus den reicheren Familien diesen Kredit in
227 Anspruch nehmen müssen. Auch in einem solchen Falle zeigt sich die selektive Wirkung.
228 Besonders bildungsferne Schichten werden sich schwer tun, der 19jährigen Tochter ein
229 Soziologiestudium zu finanzieren oder ihr zu einem Kredit zu raten, wenn diese Familie
230 niemals vorher mit der Hochschule in Kontakt getreten ist. Ein Jura- oder Informatikstudium
231 wäre vielleicht noch unterstützenswert, aber Patholinguistik oder Soziologie?? Bei einem mit
232 6 % verzinsten Kredit steigt die Gesamtsumme im Vergleich zu der reinen Gebührensumme
233 um 130 %.⁹ Die Summe liegt dann bei 13825,70 Euro, wovon 6000 Euro Gebühren sind, die
234 von reicheren Studierenden ohne die Extra-Kreditlast beglichen werden können. Unter dieser
235 Annahme müssen die Gebühren übrigens 23 Jahre und 1 Monat zurückbezahlt werden.¹⁰
236 Neben diesem Kredit fallen unter Umständen noch die Tilgung des BAföG-Darlehns sowie
237 weitere finanziellen Belastungen wie Kindeserziehung, Existenzgründung, Pflege älterer
238 Familienmitglieder o.ä. an. Die durchschnittlichen Lohnunterschiede in einzelnen
239 Berufssparten zwischen Männern und Frauen seien hier nur am Rande angemerkt.

240 Bei 23 % der Schulabgänger/innen, die auf ein Studium verzichtet haben, spielte die Angst
241 vor Studiengebühren eine wichtige Rolle, für 14 % war bereits das zinslose BAföG-Darlehn
242 eine entscheidende Hürde vor der Studienaufnahme.¹¹ Hierbei ist der Frauenanteil deutlich
243 höher als der von Männern.¹²

244 Kurz zusammengefasst: Die Frage nach Studienbeiträgen muss immer auch unter einem
245 sozialpolitischen Aspekt gesehen werden – und zusätzlich noch unter einer
246 geschlechtsspezifischen Herangehensweise. Und die Antworten fallen immer gegen die
247 Einführung von Studiengebühren aus.

⁹ Weitere Annahmen: 12semestriges Studium, monatliche Tilgungsrate 50 Euro, beginnend 24 Monate nach Studienabschluss.

¹⁰ Berechnet mit Hilfe von: <http://www.open-politix.de/cortscal/>.

¹¹ Christoph Heine/Heike Spangeberg/Dieter Sommer (2006): Studienberechtigte 2004. Übergang in Studium, Ausbildung und Beruf, HIS-Kurzinformation A 5/2006, S. 44, im Internet unter <http://www.his.de/pdf/Kia/kia200605.pdf> (Mehrfachnennungen waren bei der Nennung der Studienverzichtsgründe möglich.)

¹² HIS-Kurzinformation A 5/2006, S. 46f. Leider nennt die HIS-Studie dabei keine konkreten Zahlen: „Allerdings werden von Frauen häufiger als von Männern die nur unzureichenden eigenen Möglichkeiten der Studienfinanzierung und die Überforderung durch Studiengebühren als Gründe für den Verzicht auf ein Hochschulstudium vorgebracht.“

248 **Zum Punkt (h) Ausbau des Stipendiensystems und der Ausbildungsförderung**

249 Hier fallen erst einmal die benutzen Modalverben auf. „Können“ bzw. „sollen“ und nicht
250 mehr „müssen“ – die AG scheint bei diesem Punkt bei unverbindlichen Empfehlungen, die
251 das Beitragssystem abrunden würden, aber deren Nicht-Implementierung kein großes
252 Hindernis wären, angekommen zu sein. Unklar ist zudem die Formulierung, dass „bei der
253 Einführung von Studienbeiträgen [...] zügig ein ausreichendes wie großzügiges
254 Stipendiensystem auf- und ausgebaut werden [sollte]“. Meinen die Verfasser „bei“ oder doch
255 eher „nach“, worauf das in die Zukunft weisende „zügig“ schließen lässt? Das
256 Studierendenparlament vertritt die Ansicht, dass angesichts der sozialen Situation der
257 Studierenden ein Ausbau des Stipendiensystems die negativen Auswirkungen von
258 Studiengebühren keinesfalls adäquat aufwiegen kann, da davon auszugehen ist, dass mit den
259 Studiengebühren ein Einnahmegewinn erzielt werden soll, der nicht von einem
260 Stipendiensystem sofort wieder aufgefressen wird. Die Diskussionsanregung über die
261 Ausbildungsförderung wird gerne aufgegriffen, weil angesichts jahrelanger stagnierender
262 BAföG-Beträge und somit einer realen Senkung der staatlichen Unterstützung für die
263 Studierenden dringend Aktivitäten in dieser Richtung unternommen werden müssen.

264 **Fazit:**

265 Unter Berücksichtigung oben genannter Erwägungsgründe teilt das Studierendenparlament
266 die Ansichten der AG Studienbeiträge ganz und gar nicht, sondern weist sie entschieden
267 zurück. Angesichts der dargestellten sozialen Dimension fordert das Studierendenparlament
268 den Senat auf, sich nicht nur mit Steuerungsmöglichkeiten und/oder Verwendungsmodellen –
269 und mithin mit der Frage nach dem *Wie* eines Beitragsmodells – zu beschäftigen, sondern die
270 Frage des *Ob* in den Mittelpunkt zu stellen.

271 Die Frage des *Ob* beantwortet das Studierendenparlament mit einem eindeutigen *Nein*. Und in
272 Anbetracht obiger Argumente lautet die Antwort auf den *Wie*-Vorschlag der AG
273 Studienbeiträge *So nicht*. Sollten weitere Vorschläge zu einer konkreten Ausgestaltung
274 vorliegen, wird sich das Parlament trotz der grundsätzlichen Ablehnung auch mit diesen
275 intensiv auseinandersetzen, ein eigener Vorschlag wird jedoch nicht unterbreitet werden.

276 *Das Präsidium wird gebeten, diesen Beschluss Herrn Fuhr als Vorsitzenden der AG*
277 *Studienbeiträge sowie dem Senat der Universität zur Kenntnis zu geben.“*

278 **Antrag der offenenlinkenliste [oll] zur Argumentation gegen Studiengebühren**



279 **Das Studierendenparlament möge beschließen:**

280 „Die Studierendenschaft der Universität Potsdam spricht sich eindeutig gegen jede Form von
281 Studiengebühren aus, selbst wenn sie als Studienbeiträge, Immatrikulations- und
282 Rückmeldegebühren, Verwaltungskostenbeiträge o.ä. daherkommen.

283 In den inhaltlichen Auseinandersetzungen müssen nach Ansicht des Studierendenparlamentes
284 die sozialen Auswirkungen im Mittelpunkt der studentischen Argumentation stehen, keine
285 standortpolitischen, wirtschaftspolitischen oder finanzpolitischen Argumente. Hinzu kommt
286 das grundsätzliche Hinterfragen des Arguments des (angeblich) einsetzenden Wettbewerbs
287 mit seinen Implikationen – mithin eine „systemimmanente Gegenargumentation“, die sich auf

288 das Gedankengebäude der Gebührenbefürworter/innen einlässt und es kritisch hinterfragt
289 bzw. idealerweise zum Einsturz bringt. An dieser Stelle können dann auch differenzierte
290 finanzpolitische Argumente o.ä. vorgebracht werden. Aber die Argumentationslinie der
291 Studierendenschaft in dieser Auseinandersetzung muss eindeutig dem sozialpolitischen
292 Aspekt Vorrang einräumen. Studiengebühren sind in erster Linie ein sozialpolitisches Thema,
293 erst nachrangig kommen Fragen der Hochschulfinanzierung und –steuerung.

294 Argumente, die auf dem so genannten „Humankapitalansatz“ aufbauen, sind mit größter
295 Vorsicht zu gebrauchen. Mit einer solchen Denkweise akzeptiert man die Verwertbarkeit von
296 Bildung und stellt sie als zentrales Ziel des Hochschulstudiums dar. Eine solche
297 Argumentation mag in manchen Diskussionen unter Umständen angebracht sein
298 (zielgruppenorientiertes Argumentieren), jedoch darf dieses Argument nie alleine stehen und
299 als erstes und wichtigstes Argument ins Feld geführt werden. Hält man Bildung grundsätzlich
300 für eine verwertbare Ware, so gibt man Wasser auf die Mühlen der
301 Gebührenbefürworter/innen und relativiert den Standpunkt, dass Bildung in allererster Linie
302 ein öffentliches Gut und der Zugang zu Bildung ein allgemeines Menschenrecht darstellt.“

303 **Begründung für beide Anträge:**

304 Die Begründung ergibt sich zum einen aus dem Antragstexten, zum anderen sollen hiermit die
305 – nach Ansicht der [oll] – zentralen Punkte in der Auseinandersetzung um Studiengebühren
306 noch einmal genannt und die zentralen Argumente der GAL-Referenten im AStA kritisch
307 beleuchtet werden. In der Senatssitzung vom 26.10. war das zentrale Argument von dem
308 Hochschulpolitik-Referenten Tobias die Konsequenzen für die Berlin-Brandenburgische
309 Kooperation im Hochschulbereich, nicht jedoch das Vergrößern der sozialen Schere. Diese
310 Auswirkungen hat er mit keinem Wort erwähnt. Bei der Referatsvorstellung auf der
311 homepage wird primär die Frage nach der Hochschulfinanzierung in den Zusammenhang mit
312 Studiengebühren gebracht („Ein zentraler Punkt dabei ist natürlich die Debatte um die
313 finanzielle Ausstattung von Hochschulen. Die immer wieder aufflammende Debatte um
314 Studiengebühren wird dabei besonders aufmerksam verfolgt“).¹³ Bei der Begrüßung der
315 Erstsemestler/innen wurde der Verwertbarkeitsaspekt von Bildung als erstes und zentrales
316 Argument gegen Studiengebühren durch den Ökologie und Verkehrsreferenten Björn
317 vorgebracht („Staat und Wirtschaft sollen jetzt in mein Studium investieren, weil ich es ihnen
318 später zurückzahle“). Dieser StuPa-Beschluss verfolgt daher das Ziel, dass die Vertreterinnen
319 und Vertreter des AStA ihre bisherige Argumentationsweise überdenken und sich bestenfalls
320 an den vorgeschlagenen Kriterien ausrichten.

321 **Anhang**

322 Die „Überlegungen und Empfehlungen“ der AG Studienbeiträge an der Universität Potsdam

¹³ http://www.asta.uni-potsdam.de/team/referat.php3?ref_id=2

Antrag der Fraktionen GÜL (Grüne Überparteiliche Liste) und der offenenlinkenliste [oll]



Das StuPa möge beschließen:

„Die derzeitigen Skandale von gentechnisch veränderten Milchprodukten in den Mensen und die falsche Kennzeichnung von Fairtrade-Kaffee haben das Vertrauen vieler Studierender zum Studentenwerk Potsdam erschüttert. Um hier einen Mindeststandard und ein Handlungskonzept zu entwickeln, fordert die Studierendenschaft der Universität Potsdam das Studentenwerk Potsdam auf, eine Policy für Ihren Einkauf umzusetzen, die weitestgehend den folgenden Mindestanforderungen entspricht und Rechnung trägt.

Es kann nicht sein, dass Projekte wie die Bezahlungsfunktion der Chipkarte innerhalb weniger Wochen umgesetzt werden, aber die Diskussion über Mindeststandards bei den Nahrungsmitteln hinten anstehen. Wenn nun auch noch herauskommt, dass der Studierendenschaft über lange Zeit die Verwendung von Transfair Kaffee nur vorgetäuscht wurde, fragt mensch sich doch, welchen Wert die Vereinbarungen zwischen Studierenden und dem Studentenwerk Potsdam haben.

Die Policy soll dabei den Anspruch festlegen und eine Handlungsgrundlage bieten. Sie bieten dem Studentenwerk die Möglichkeit der eigenen Produktverbesserung und der klaren Kommunikation über die sonst kaum nachvollziehbare Herkunft verwendeter und verkaufter Lebensmittel.

Policy für den Einkauf der Versorgungsbetriebe des Potsdamer Studentenwerkes

Die Universitäten und Fachhochschulen sind Ausbildungsstätten zukünftige Entscheidungsträger der Gesellschaft und Zentren intellektueller Visionen. Da die Studierendenwerke eine Monopolstellung besitzen, tragen sie die Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen und zum gesellschaftlichen Umdenken aktiv beizutragen.

Die Versorgungsbetriebe des Studentenwerkes Potsdam sehen ihre Verantwortung darin, eine gesunde Versorgung der Studierenden zu gewährleisten und bei der Tätigkeit von Einkäufen soziale Aspekte sowie Auswirkungen auf die Umwelt zu berücksichtigen. Als Entscheidungsgrundlage und Richtlinie für zukunftsfähige Konzepte beim Einkauf setzen sie sich die folgende Policy.

Verzicht auf Gentechnik

Produkte und Bestandteile, die selbst gentechnisch manipuliert sind oder mittels gentechnisch veränderter Organismen hergestellt wurden, werden nicht eingesetzt oder weiterverkauft. Beim Einkauf wird diese Anforderung klar formuliert und ständig überprüft.

Gentechnik ist eine Risikotechnologie, deren gesundheitliche Auswirkungen und deren Verhalten im Ökosystem nicht bekannt sind. Es gibt Anzeichen, dass die Gefahren bei weitem unterschätzt werden. Zudem widerspricht Gentechnik Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, Biodiversität und nachhaltiger Entwicklung. Gentechnik versteckt sich wegen der Kennzeichnungspflicht vor allem über Futtermittel in tierischen Produkten sowie in Gastronomie-Ölen, die die Endverbrauchenden nicht zu Gesicht bekommen.

Konventionelle Landwirtschaft

Produkte aus konventioneller Landwirtschaft werden aus Gründen der Praktikabilität, Verfügbarkeit und Flexibilität zwar verwendet; sie werden aber als Interimslösung zunehmend durch öko-sozial-verträgliche Alternativen ersetzt werden.

Die konventionelle Landwirtschaft gilt derzeit als einer der größten negativen Umwelteinflüsse. Der schonungslose Umgang mit natürlichen Ressourcen und chemischen Zusätzen, die Zerstörung natürlicher Ökosysteme und die steigende Ausbeutung von Arbeitskräften jenseits sozialer Standards ist nicht mit den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar. Es ist belegt, dass vielfach Grenzwerte für Pestizidbelastungen unbemerkt überschritten werden.

Fisch und Meerestiere

Fisch wird ausschließlich aus Fischzucht in abgeschlossenen Anlagen bezogen. Produkte der Hochseefischerei werden nur in Ausnahmen verwendet, wenn sichergestellt werden kann, dass es sich um schonende Fischerei von nicht bereits überfischte Arten handelt. Meerestiere werden nur in Ausnahmen verwendet, wenn sichergestellt werden kann, dass sie aus öko-sozial-gerechten Züchtungen und Verarbeitungen stammen.

Die industrielle Fischerei hat in den letzten Jahrzehnten weltweit die Fischbestände weit unter die eigene Reproduzierbarkeit dezimiert. Sie ist Verursacherin von massiven unterseeischen Zerstörungen, massiver Einleitung von Giften und Schäden an z.T. sensiblen Küstengebieten. Nicht abgeschlossene Zuchtanlagen sind Ursache für Überdüngung, Hormon- und Antibiotikabelastung. Für Shrimps und andere Meerestiere werden weltweit sensible Mangroven-Ökosysteme und damit wichtige Laich- und Küstenschutzgebiete zerstört. Für deren Verarbeitung und Transport werden immense soziale und ökologische Missstände in Kauf genommen.

„Kolonialwaren“

Wenn importierte Produkte aus sog. Entwicklungs- und Schwellenländern verwendet werden, so müssen diese nachweislich aus Fairem Handel stammen.

Ein Großteil des Obstes auf dem hiesigen Markt, alle Tees und Kaffees, Schokolade, Genussmittel und Produkte des täglichen Verzehrs stammen aus Ländern ohne soziale und ökologische Standards, die im globalisierten Wirtschaftssystem zur Ausbeutung von Mensch und Natur gezwungen werden. Die damit verbundenen sozialen und ökologischen Konsequenzen, wie feudale Ausbeutungsstrukturen, gesundheitliche Katastrophen, strukturelle Armut, Urwaldzerstörung, extreme Bodendegradation u.v.m. können nicht für billigere Preise in Kauf genommen werden. Da der Welthandel noch immer von den Ländern des Nordens bestimmt wird, ist es unsere Pflicht, uns für die Erfüllung hiesiger Standards weltweit einzusetzen.

„Regional ist erste Wahl“

Produkte aus regionaler Produktion haben Vorrang. Beim Abwägen von ökologischem Anbau versus Transportweg schneiden regionale Produkte meist wesentlich besser ab. „Ferngereiste“ Ökoprodukte sind oft sozial sehr kritisch produziert.

Sozial-Ökologisch konsequent

Um gesundes Essen anbieten zu können, welches nicht Hunger und Ausbeutung in anderen Teilen der Welt zur Folge hat, müssen Abstriche an Luxus und Exklusivität gemacht werden.

Die Mensen des Studentenwerkes Potsdam wollen deshalb nicht Luxusrestaurants Konkurrenz machen, sondern durch Qualität und Konsequenz beim täglichen guten Essen zum fairen Preis im Verkauf und Einkauf überzeugen.“

Begründung:

Ergibt sich aus dem Antragstext. Bei Bedarf folgen mündlich weitere Ergänzungen.

Änderungsantrag von Martin Meyerhoff:

„... Zeilen 8-275 streichen und ersetzen durch:

Diese Stellungnahme orientiert sich an der Vorlage der "AG Studienbeiträge". Ziel ist es, die "Überlegungen und Empfehlungen" zu hinterfragen und zu widerlegen.

Die Argumente des Papiers sind nicht schlüssig und einseitig politisch motiviert. Das Studierendenparlament lehnt Studiengebühren weiterhin aus sozial- und strukturpolitischen Gründen ab.

Das Wort "Studienbeiträge" ist ein Euphemismus, der verklärt, dass Studiengebühren nicht zum Studium beitragen.

Punkt für Punkt:

a) "Studiengebühren und Steuerungswirkung"

Studiengebühren werden die Unterfinanzierung der Hochschulen nicht begrenzen. Im Gegenteil: Die gesellschaftliche Aufgabe Bildung wird - weiterhin unterfinanziert - einseitig den Studierenden angelastet.

Durch die Erhebung von Studiengebühren wird kein/e Studierende/r mehr zur universitären "Qualitätssicherung" beisteuern können. Einbezug kann nur stattfinden, wenn Studierende Zeit in universitäre Entscheidungsprozesse investieren können. Wenn sie arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren, ist dies nicht gegeben.

b) "Beibehaltung der staatlichen Grundfinanzierung"

Bildung als öffentliches Gut muss vom Staat ausfinanziert, nicht "grundfinanziert" werden. Das Studierendenparlament nimmt erstaunt zur Kenntnis, wie deutlich hier die Unterfinanzierung der Hochschulen thematisiert wird. Allerdings ist diese Unterfinanzierung offensichtlich politisch gewollt: Das Geld ist da, die Verwendung ist das Problem.

c) "Ermessen der Hochschulen bei der Erhebung von Studienbeiträgen"

Hochschulen stehen in einem Wettbewerb um Ideen. Zu postulieren, dass Studiengebühren ein "zentrales Element des Wettbewerbs" seien, bedeutet, die Universitäten auf blind marktabhängige Ausbildungsstätten zu reduzieren.

d) "Bindung der Studienbeiträge an die Hochschule"

Wenn die Hochschulen frei entscheiden können, ob sie Gebühren einfordern oder nicht, so wird das Wettbewerbsparadigma, mit dem dieselbe Einführung von Studiengebühren legitimiert wird, dazu führen, dass wenig nachgefragte Hochschulen (etwa in ländlichen Gebieten) zusätzlich signifikant schlechtere Studienbedingungen aufweisen werden. Das ist absurd.

e) "Zweckbindung von Studienbeiträgen"

Dem Studierendenparlament erschließt sich nicht, wie diese Zweckbindung umgesetzt werden soll. Verbindliche Haushaltsplanung an der Universität würde unmöglich gemacht. Dass ein Mitspracherecht für Studierende angedeutet wird ("ihrer Wahl"), wertet das Parlament als

Täuschung: Eine "Wahl" findet lediglich bei Annahme des Studienplatzes statt.

f) "Keine Anrechnung der Studienbeiträge auf das Hochschulbudget"

Auf Grund der Erfahrungen in anderen Bundesländer und in Bezug auf Rückmeldegebühren in Brandenburg bezweifelt das Studierendenparlament die nachhaltige Realisierung.

g) "Sozialverträglichkeit der Studienbeiträge" und f) "Ausbau des Stipendiensystems und der Ausbildungsförderung"

Studiengebühren sind unsozial. Die diskutierten Modelle sind nicht geeignet, diesen Umstand aus der Welt zu schaffen. Viele Studierende (und deren Familien) werden die Mehrkosten nicht tragen können.

Die Mehrkosten mit Arbeit zu finanzieren, ist zwar möglich, führt aber zu menschenunwürdigen Lebensbedingungen: 80-Stunden-Wochen wären an der Tagesordnung.

Der AG Studienbeiträge zufolge "müssen" Studiengebühren eingeführt werden, während Stipendien nur angeboten werden "sollten". Auch hier wird die Interessenlage der Arbeitsgruppe nur allzu deutlich: Wer hat, dem wird gegeben werden - wer nicht hat, darf nicht studieren.

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam lehnt Studiengebühren ab. Die "Überlegungen und Empfehlungen" leisten keinen sinnvollen Beitrag zur Debatte um die Finanzierung universitärer Bildung. ,,

Änderungsantrag zu Antrag der [oll] zu
"Argumentation gegen Studiengebühren"
der Listen

GAL, Jusos, RCDS, L.U.S.T.
sowie der AStA-Referenten

Tobias Dornisch (Hochschulpolitik)
Jörg Schindler (Sozial- und Integrationspolitik)
Björn Ruberg (Öko- & Verkehr)

Der Ursprungsantrag wird durch den folgenden Satz ERSETZT:

"Das StuPa lehnt Studiengebühren/-beiträge auch in Form von nicht gerechtfertigten Rückmeldegebühren aus sozialen wie auch aus struktur- und wettbewerbspolitischen Gründen ab."

zum Antrag der OLL und GÜL für die Mensaeinkaufs-Policy stellt die GAL folgenden Änderungsantrag:

Streiche alles oberhalb der Policy und ersetze durch:

"Das Studierendenparlament beauftragt den AStA, beim Studentenwerk folgenden Policy vorzuschlagen und sich in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Studentwerk für ihre größtmögliche Umsetzung einzusetzen."

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag von Tamás Blénessy: „Geschlechterneutrale Formulierung“

Das Studierendenparlament möge beschließen:
„Der AStA der Universität Potsdam ist verpflichtet, sämtliche Publikationen geschlechterneutral zu formulieren.“

Begründung: Die bisherige Weigerung der GAL-ReferentInnen, geschlechterneutrale Sprachregelungen zu nutzen, wird sich mit der designierten Koalition voraussichtlich nicht ändern. Da allerdings 57,3 Prozent der Studierenden an der Universität Potsdam weiblich sind [1], sollten diese auch in der Sprache ihrer Vertretung berücksichtigt sein. Hingewiesen sei hierbei auf die UNESCO-Richtlinien für einen nicht-sexistischen Sprachgebrauch [2] sowie auf diverse Leitfäden der Bundes- und Landesverwaltungen [3]. Selbst die Grüne Jugend fordert eine solche Regelung [4]:

"Sprache schafft Bewusstsein

Nach wie vor setzen wir uns für eine konsequent geschlechtergerechte Sprache ein. Sprache reflektiert nicht nur, sondern gestaltet auch Realität. Wir fordern deshalb:

Ein Gesetz der Bundesregierung, wonach alle neuen Gesetzestexte, Satzungen etc., als auch alle staatlich finanzierten Veröffentlichungen, in geschlechtergerechter Sprache verfasst werden müssen."

[1] <http://www.uni-potsdam.de/u/verwaltung/dezernat1/statistik/studenten/SS/edupss.pdf>

[2] http://www.unesco.de/pdf/eine_sprache.pdf

[3] <http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz/handlungsfelder/sprache/aspekte/>

[4] <http://www.gruene-jugend.de/beschluesse/67399.html>

Liebes StuPa-Präsidium,

da der AStA soeben den u.g. Antrag mit der Begründung abgelehnt hat, dass das mangelnde akademische Renommee der beiden Referentinnen die Fahrtkosten nicht rechtfertigen würde, möchte ich mich spontan an das Studierendenparlament wenden und es bitten, der Veranstaltung doch noch zu ihrem Stattfinden zu verhelfen. Auch weil ein rechtzeitiger Beschluss der Veranstaltung notwendig ist, um ordentlich planen zu können.

Wenn dies gewünscht wird, so können die Fahrtkosten gern damit gesenkt werden, dass die Referentinnen unökologisch mit Auto anreisen (eventl. mit Mitfahrzentrale, im worst-case-Fall jedoch privat).

Leider kam es auf der Sitzung nicht dazu, dass ein entsprechender Änderungsantrag formuliert wurde.

Dem unten genannten Antrag bitte ich also zuzustimmen, die Kostenaufstellung und die Antragshöhe ändert sich jedoch wie folgt (wobei zu beachten ist, dass sich das Honorar der Referentin aus München durch die Anfahrtkosten entsprechend erhöht):

Neue Kostenaufstellung:

Fahrtkosten Schulze VBB	8,60 €
Fahrtkosten Zimmer VBB	8,60 €
Honorar Schulze	200,00 €
Honorar Zimmer	100,00 €
Werbung	1000 AStA Kopien
<hr/>	
insgesamt:	317,20 €

Leider kann ich aus terminlichen Gründen nicht zur StuPa-Sitzung kommen, bitte jedoch trotzdem um Zustimmung zum Antrag: 317,20 Euro Kostenübernahme plus 1000 AStA-Kopien.

Mit freundlichen Grüßen
Laines Rumpff

Studentische Initiative für eine
andere politische Bildung an der
Universität Potsdam
c/o Laines Rumpff
Knobelsdorffstraße 10
14471 Potsdam
rumpff@rz.uni-potsdam.de
0172 – 3 99 11 51

AStA der Universität Potsdam
- Finanzreferat -
Am Neuen Palais 10
Haus 06, Raum 0.16
14469 Potsdam

Potsdam, 12.11.2006

Finanzantrag, Veranstaltung zur Frauenunterdrückung in Deutschland

Lieber AStA,

unsere Initiative möchte eine Informationsveranstaltung zum Thema Frauenunterdrückung in Deutschland veranstalten. Wir haben dazu zwei fachkundige Referentinnen von der Uni München (Marina Schulze, Soziologie, LMU) und der Uni Leipzig (Hannah Zimmer, Soziologie) eingeladen.

Da unsere Initiative über keine eigenen Mittel verfügt, bitten wir Euch die Finanzmittel für folgende Veranstaltung zu bewilligen:

I'm a slave for you. Frauenunterdrückung in Deutschland

Zeit: Donnerstag, 14.12.06, 19:00 Uhr

Inhalt: Das Wort „Sexismus“ wird heute oft ironisch verwendet. Frauensolidarität scheint ein Begriff aus dem Wortschatz der 70er Jahre zu sein und angeblich haben Frauen die Gleichstellung erreicht. Nur der Islam habe da heute noch ein Problem. Tatsächlich verdienen Frauen in Deutschland (je nach Studie) mindestens 20 Prozent weniger als Männer. Gerade mal 31,8 Prozent der Bundestag-Abgeordneten sind Frauen. Immer noch wird erwartet, dass Frauen die Verantwortung für die Kinder in der Familie übernehmen.

Dafür werden wir Studien zu Gewalt gegen Frauen, Einkommensunterschieden, Arbeitsbelastung, Aufstiegschancen, geschlechtsspezifischen Fluchtgründen und Zeitbudgets etc. vorstellen - und über Rollenmodelle und Strukturtheorien der Sache auf den Grund gehen.

Wir wollen uns verdeutlichen, wie zahlreich die Aspekte der Frauenunterdrückung auch heute in der BRD sind und gemeinsam darüber diskutieren, mit welchen Mitteln wir dem entgegen können.

Unsere Initiative hat das Ziel, eine wichtige Lücke in der akademischen Ausbildung an der Universität Potsdam zu schließen. Nämlich die fächerübergreifende Verknüpfung der Lehrinhalte in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext, d.h. eine breite Sensibilität dafür zu schaffen, dass die Handlung jedes einzelnen Menschen Wirkung auf das kulturelle, politische und wirtschaftliche Gesamtgefüge der Erde hat. Unser Augenmerk soll dabei auf neue und alte Organisationsmöglichkeiten gerichtet sein, die das Potential besitzen, Menschen über Ländergrenzen hinweg zu verknüpfen, zur gemeinsamen Diskussion und zum gemeinsamen handeln anzuregen. Dazu möchten wir den Studierenden Informationsveranstaltungen anbieten.

Antrag: Wir beantragen daher 396,20 Euro für die Durchführung der Veranstaltung und zusätzlich 1000 AStA-Kopien. Die Kostenaufstellung wie folgt:

Kostenaufstellung:

Fahrtkosten Schulze	157,60 €
Fahrtkosten Zimmer	88,60 €
Honorar Schulze	75,00 €
Honorar Zimmer	75,00 €
Werbung	1000 AStA Kopien
<hr/> insgesamt:	396,20 €

Für weitere Fragen, stehe ich Euch jederzeit zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

Laines Rumpff
für die Initiativ

Antrag an das Studierendenparlament der Universität Potsdam

Das StuPa möge beschließen:

Die Studierendenschaft der Universität Potsdam spricht sich gegen den Wiederaufbau des Potsdamer Stadtschloss' aus. Bildung für alle muss Vorrang für die Entwicklung des Landes haben. Sie schließt sich damit diesem offenen Brief an:

Keine Mitte für die Stadt

Warum wir, die Menschen von Potsdam, kein Stadtschloss brauchen und warum sich Stadt und Land einen solchen Prestigebau nicht leisten können.

Größenwahn

Die öffentlichen Mittel sind knapper denn je, so heißt es in sämtlichen Positionen aller Institutionen und Gruppen. Die Entwicklung der Stadt Potsdam und des Landes Brandenburg war schon immer in den Händen der Eliten und scheint es noch immer zu sein, denn ein Stadtschloss - wie auch die Garnisonkirche - dient einzig dem Prestige von Regierung und InvestorInnen, die dessen Relevanz für den Tourismus überbetonen. Ihre Identifikation mit dem Projekt ist offenbar weniger das Gebäude selbst als die politische Macht, dieses erbauen zu können. Das Public-Private-Partnership ist dabei genau diese Lobbyarbeit von Eliten mit definierten wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Eine Stadt und ein Land, die nicht einmal genug Mittel für ein sozio-kulturelles Grundgerüst bereit stellen, wo Schulen in katastrophalem Zustand sind und wo ganze Viertel und Landstriche zu Abstelllagern von sozial Schwachen werden, kann wohl kaum die Integration der Gesellschaft mit einem Schloss der Regierung beabsichtigen.

Frage nach Identität

Die Wiederherstellung eines Schlosses als administratives Zentrum einer demokratischen Gesellschaft ist ein Widerspruch in sich. Ein Schloss, so groß und imposant, in der Tradition von Wehranlagen, ist dazu da, Macht zu demonstrieren und für "Normalsterbliche" unerreichbar zu sein. Es ist also Symbol für Macht und Ausgrenzung. Wenn also von einer Identität die Rede ist, die durch dieses Symbol geschaffen werden soll, kann damit wohl kaum der Wunsch nach Freiheit, sozialer Gleichheit und Frieden verbunden werden. Man kann die Distanz der Regierung von den Bedürfnissen der Bevölkerung kaum besser demonstrieren als in solchen Gebäuden.

Die architektonische Meisterhaftigkeit als wichtigsten Grund für den Wiederaufbau vorzuschieben übersieht, dass Architektur stets einem Zweck dient und kein Selbstzweck ist, gerade wo es in Potsdam Rokoko an allen Ecken gibt. Es ist also die Frage, welchem Zweck die Architektur damals gedient hat und welchem sie heute dienen soll. Anders formuliert heißt das, welche Art zu Leben und welche Werte damit verknüpft werden. Zudem ist Architektur nicht mit Stadtentwicklung zu verwechseln, da diese nur den Abschnitt von theoretischer Planung bis zur baulichen Fertigstellung umfasst, Stadtentwicklung jedoch in der Kontinuität der Geschichte verankert ist und sich seinerseits der Architektur zum bestimmten Zweck bedienen kann.

Zudem ist auch die Parallele zur Dresdener Frauenkirche als originalgetreue Replikation unzutreffend, da das Stadtschloss nur in wenigen Teilen diesem Anspruch entsprechen, ansonsten aber weit größer gebaut werden soll, um den Ansprüchen des Landtages zu genügen.

Historischer Kontext des Stadtschlosses in der Stadtentwicklung

Potsdam ist als Residenzstadt der Preußischen Fürsten und Könige übersät mit Spuren seiner Geschichte. Das Stadtschloss spielte dabei jedoch eine untergeordnete Rolle, wie das UNESCO Weltkulturerbe belegt. Dennoch diente es der Repräsentation und Machtdemonstration als Burg- und später Schlossanlage. Bereits in Kriegen der Preußischen Könige wurde es beschädigt, bis es dann im zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört wurde. Geschichte nun als singuläre Momentaufnahme einer vermeintlichen Blüte darzustellen, statt ihre Kontinuität und ständige Weiterführung zu verstehen, blendet bewusst Teile der Geschichte aus. Es handelt sich also um einen Versuch, Geschichte neu zu schreiben. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Geschichte hieße, ihre Spuren zu bewahren und eben ggf. auch Lücken zu lassen, die auffallen. So ist die Berliner Gedächtniskirche oder waren die Überreste der Dresdener Frauenkirche mahnende Zeugen des Krieges, die authentisch allen vor Augen führen, was sonst unfassbar abstrakt bleibt. Auch die Stolperstein-Kampagnen vieler Städte, wo progressiv die oft so unscheinbaren Spuren der Geschichte in die Öffentlichkeit gebracht werden, zeigen, wie notwendig eine direkte Auseinandersetzung mit dem eigenen Umfeld ist.

Es wäre begrüßenswert, wenn auch die Ruinen des Potsdamer Stadtschlusses nicht einfach entfernt worden wären. Der Wiederaufbau ist in diesem Zusammenhang aber nichts anderes als die Glorifizierung Preussischer Monarchie und das Ausblenden des zweiten Weltkrieges, wie es so vielerorts in dieser Stadt bereits geschehen ist.

Soziale Stadtentwicklung und Zentrumsdefinition

Wie hinlänglich bekannt, ist eine Stadtentwicklung unabhängig von der Definition eines einzigen Zentrums. Potsdam hat sich als Netzwerk von verschiedenen Zentren, die allesamt von bestimmten infrastrukturellen und in ihrer Zeit gewachsenen Strukturen bestimmt werden, entwickelt. Beispielsweise könnten genannt werden: Babelsberg, der Stern, die Innenstadt, die Schiffbauergasse oder der Hauptbahnhof.

Die Definition eines neuen Zentrums durch dieses Bauwerk ignoriert die gewachsene Struktur und die Bedürfnisse der Menschen Potsdams. Es ist ein weiterer Schritt der Ausgrenzung ungewollter Gruppen der Gesellschaft. Ein Regierungspalast als das Herz von Stadt und Land dient nur den Regierenden und Einflussreichen, kann und soll jedoch kein Anziehungspunkt für Jugendliche, sozial schwache und ältere Menschen werden.

In der jetzigen Sozialstruktur und dem Geschichtsbild der Regierung und Eliten ist der Wusch nach einem solchen Stadtschloss nur folgerichtig. Wir wehren uns gegen dieses Projekt, da es überhaupt nichts mit den Menschen Potsdams und Brandenburg sowie einer sozialen Stadtentwicklung zu tun hat.

conrad jackisch

Antrag

Von Daniel Hintzen, Mitglied des Studierendenparlamentes

Das Studierendenparlament (StuPa) möge beschließen:

Das Präsidium des Studierendenparlamentes wird aufgefordert, die StuPa-Sitzungen spätestens c.t. (cum tempore) zu eröffnen (also z.B. spätestens um 19.15 Uhr).

Begründung:

Aufgrund der Menge an zu fassender Beschlüsse im StuPa und des großen Beratungsbedarfs sollte künftig keine Sitzungszeit unnötig vergeudet werden.

Die StuPa-Sitzungen sind i.d.R. für 19.00 Uhr angesetzt. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, dass die Sitzungen meistens mit erheblicher Verspätung beginnen.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem eine Sitzung angesetzt ist, sollte diese auch beginnen. Da das StuPa ein Gremium an einer Universität ist, kann man einen verspäteten Beginn von 15 Minuten (cum tempore) tolerieren. Dies gilt aber nicht für jede weitere vergeudete Minute. Jede weiter vergeudete Minute ist eine verlorene Minute für die Arbeit des StuPa und damit letztendlich auch eine verlorene Minute für die Studierendenschaft an der Universität Potsdam.

Guido Jahncke Potsdam, 08.12.2006

Werte Mitglieder des Studentenparlaments der Universität Potsdam,

leider ist es mir ab dem heutigen Tage nicht mehr möglich, das Amt des Kulturreferenten weiter ausüben zu können.

Durch eine kritische Entwicklung im persönlichen Bereich, sehe ich mich außerstande, den Anforderungen des Amtes gerecht zu werden. Um schädliche Reaktionen für die Liste LUST und den Asta der Universität Potsdam zu vermeiden, trete ich zum 08.12.2006 von meinem Amt zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Guido Jahncke